

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

WOLIK



Annemarie Schwarzenbach: Eine Frau, ihre Kamera und die Welt. Seite 12-13



Bruna Campanello
Unia-Geschäftsleitung



Sarah Akanji
Fussballerin / Mitgründerin «Fussball kann mehr»



Grazia Prezioso
Präsidentin Unia-Frauen

Bälle und Patriarchen: Versenken!

Nach dem **Frauenstreik** ist vor der **Frauen-EM**:
15 Extra-Seiten zu Frauenpower in den Betrieben,
auf der Strasse, im Parlament, an der Urne und auf
dem Rasen. Seiten 2-3, 5-9, 12-15, 18-21



Kim Dubs
Fussballerin FCZ



Mandy Abou Shoak
Politikerin/Menschenrechtsaktivistin



Dagna Salwa
Designerin

Naomi Eggli
Designerin

Initiatorinnen EMpower-Trikot

Zynischer Arbeitgeber-Boss

Roland A. Müller will selbst tiefste 100-Prozent-Löhne senken: «Sollen die doch aufs Sozialamt.» Seite 10

Unnützes Stromabkommen

Das geplante Abkommen mit der EU gefährdet die Büezer-Budgets. Seite 11

Belästigt? So wehren Sie sich

Viele Frauen und LGBTIQ-Personen erleben im Job Mobbing, Diskriminierung und sexuelle Belästigung. Hier gibt's Hilfe. Seiten 20-21



FOTOS: ZVG / KEI/STONE / SCHWEIZERISCHES LITERATURARCHIV



workedito
Anne-Sophie Zbinden

ES IST KEIN RÜCK-SCHRITT, LEIDER

Die aktuelle Welle, welche die Frauenrechte erodieren lässt und viele Frauen an Leib und Leben bedroht, ist neu. Sie hat eine gänzlich neue Dimension: Sie ist ein systematischer und geplanter Angriff auf die Rechte der Frauen und breitet sich via Trumpisten und Faschisten über die ganze Welt aus. Und ist daher viel tiefgreifender als «nur» ein Rückschritt.

ANTIFEMINISTISCHER KITT. Der aktuelle Antifeminismus der Rechten ist ein grosszügiges Sammelbecken für sozial Benachteiligte, Männer, die sich gesellschaftlich abgehängt fühlen, Milliardäre, Konservative, Anhänger von Verschwörungstheorien. Antifeminismus ist der Kitt, der sie trotz ihren Gegensätzen zusammenhält. Denn die feministische Grundforderung nach Freiheit und Gleichheit für alle ist für sie ein Horror-szenario.

FRAGENFEINDLICHES NETZ. Auch die Wege, auf denen der aktuelle Antifeminismus verbreitet wird, sind neu: die sozialen Medien, das Internet. Influencer wie der Frauenhasser Andrew Tate (angeklagt wegen Vergewaltigung, Sex mit einer Minderjährigen, Menschenhandel und Geldwäsche) erreichen in Rekordzeit ein Millionenpublikum, und das hinterlässt wüste Spuren. Tate bietet auf seinen Kanälen kostenpflichtige Kurse an, damit Männer zu «Geld, Reichtum, Glück, schnellen Autos und schönen, unterwürfigen Frauen» kommen. Doch es sind nicht nur Männer wie Tate. Frauenhass im Netz ist weit verbreitet: «Lass dir nicht einreden, dass du lieb, soft, schwach und links zu sein hast. Echte Männer sind rechts», sagte AfD-Politiker Maximilian Krah schon vor zwei Jahren auf Tiktok. «Dann klappt's auch mit der Freundin.» 1,6 Millionen Aufrufe hat dieses Video.

GEFÄHRLICHE ACCOUNTS. Eine Pilotstudie der Freien Universität Berlin hat untersucht, wie tief frauenfeindliche Strukturen im Netz verankert sind im Hinblick auf ihren Einfluss und ihre Vernetzung. Im Internet gibt es verschiedene Strömungen wie beispielsweise sogenannte Incels (unfreiwillige Allein-stehende), die Frauen und den Feminismus für ihre Einsamkeit verantwortlich machen, «Pick-up-Artists», die erklären, wie sie erfolgreich Frauen daten und manipulieren, oder auch sogenannte «erwachte Männer», die feministische Errungenschaften rückgängig machen wollen. Diese Strömungen sind miteinander vernetzt. Sie alle vereint ein starres Hierarchiedenken, bei dem Frauen das minderwertige Geschlecht sind. Die Studie kommt zum Schluss: Von solchen Accounts und Bewegungen im Internet geht eine grosse Gefahr aus, weil sie ein antifeministisches Weltbild vorantreiben und auch zu Gewalt aufrufen.

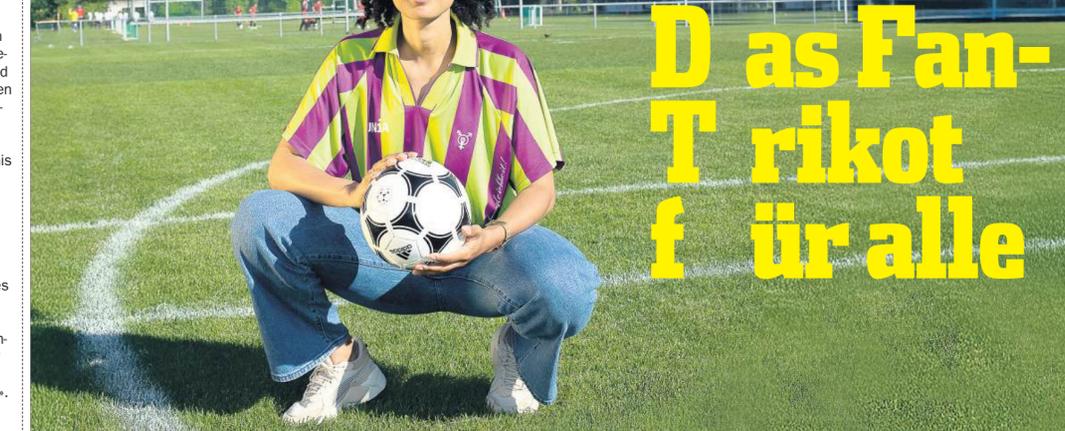
LILA FLUT. Deshalb braucht es den Frauenstreik mehr denn je. Nein, nicht die feministischen Errungenschaften sind verantwortlich für die neue antifeministische Welle. Die Frauen haben nie zu viel gefordert, sondern lediglich Gleichberechtigung: in der Politik, beim Lohn, bei der unbezahlten Care-Arbeit, beim Respekt. Deshalb gehen wir am 14. Juni auf die Strasse und bezwingen die antifeministische Welle mit einer lila Flut.

DER NEUE SONG DER NATI

FRAUENPOWER AUF DIE OHREN

Energie für die Spielerinnen. Vorfreude für die Fans vor und während der Heim-EM: Das will «Redwhite» bringen, der neue Song des Frauen-Nationalteams. Gesungen von den drei jungen Schweizer Musikerinnen Soukey, Lou Kaena und Ele A – in den Landessprachen Deutsch, Französisch und Italienisch. Der Schweizerische Fussballverband sieht darin «ein musikalisches Bekenntnis zur Leidenschaft, zur Stärke und zum Teamgeist des Frauen-Nationalteams».

PROGRAMM. Los geht's für die Schweizerinnen bereits am 2. Juli, dem ersten Tag des Turniers, gegen Norwegen. Am 6. Juli spielen sie gegen Island, am 10. Juli gegen Finnland. Sie wollen, schreibt der Verband, «auf heimischem Boden Geschichte schreiben». Forza le donne! (che)



EX-FUSSBALLERIN SARAH AKANJI: «Mit dem Trikot zeigen wir allen unsere solidarische Haltung.» FOTO: ZYG

Fussball-Pionierin Franziska Steinemann (56) über Ablehnung, Kampfgeist und Bikini-Hösli

«Das hat mich abartig wütend gemacht und weckte den Kampfgeist»

Schon als junge Frau wehrte sich Franziska Steinemann mit Erfolg gegen Diskriminierung im Fussball. Dass jetzt die Frauen-EM in die Schweiz kommt, ist für sie mehr als ein Grund zur Freude.

CHRISTIAN EGG

Es sei eine gute Erfahrung gewesen, sagt Franziska Steinemann: «So hinzustehen und zu merken, dass ich gehört werde – das war ziemlich cool.» work spricht mit ihr über den April 1994. Damals ist sie 25 Jahre alt und spielt leidenschaftlich Fussball, beim FC Wettswil-Bonstetten im Zürcher Säuliamt. Bis eines Tages der Vorstand des Clubs das Frauenteam per sofort auflöst. Mit der Begründung, der

«Wir haben noch längst keine Gleichstellung. Im Fussball nicht, aber auch in der Gesellschaft nicht.»

FUSSBALL-PIONIERIN FRANZISKA STEINEMANN

Verein werde «ausgenutzt für das Ausleben von «abnormalen Veranlagungen» (lesbisch). Die Herren des Vorstands befürchteten eine «Gefährdung» von Juniorinnen. Der «Blick» wittert einen «Sexskandal» und drückt ein Foto des Teams auf der Frontseite.

Der Entscheid des männlichen Vorstands, gekoppelt mit einer Unterstellung an die lesbischen Teamkolleginnen: «Das hat mich abartig wütend gemacht», sagt Steinemann. Wenn sie etwas als ungerecht empfinde, wecke das in ihr «den totalen Kampfgeist». Das sei in der Schule so gewesen und sei heute, mit 56 Jahren, nicht anders. Das ganze Frauenteam habe sich gewehrt: «Wir sagten: Hey, mit uns nicht.»

Die Frauen organisieren eine Pressekonferenz und verschaffen sich Gehör. Im «Zischigsclub» von SRF wehren sich Steinemann und eine Teamkollegin gegen Männer, die lesbische Liebe als «unnatürlich» bezeichnen und die «aus ästhetischen Gründen» dagegen sind, dass Frauen Fussball spielen. Klartext spricht die junge Mutter auch in einem Interview mit dem «Aargauer Tagblatt». Die angebliche Sorge um die Juniorinnen sei «völlig lächerlich», die lesbischen Fussballerinnen hätten ihre Gefühle sogar innerhalb des Teams verstecken müssen. Auf die Frage, wovor die Clubleitung denn Angst gehabt habe, antwortet sie: «Mir scheint, diese Männer können nicht verkräften, das es Frauen gibt, die für sie nicht verfügbar sind.»

WARUM IST DAS SO SCHWIERIG?

Schon als Mädchen habe sie jede freie Minute mit den Jungs Fussball gespielt, sagt Steinemann. «Je älter ich wurde, desto mehr hat mich die extreme Ungleichheit gestört: Warum ist es für eine Frau so schwierig, einen Verein zu finden?» Doch sie lässt nicht locker und setzt sich durch. Auch weil sie gut spielt. Beim FC Blue Stars in Zürich schafft sie es in die erste Mannschaft und spielt jetzt in der Nationalliga A.

Aber nicht lange. Denn auch ganz oben gibt es für die Spielerinnen keinen Lohn. Im Gegenteil: Die Ausrüstung und die Reise zu den Auswärtsspielen müssen sie aus der eigenen Tasche bezahlen. Steinemann lebt von ihrem KV-Job und stellt jetzt vier- bis fünfmal pro Woche trainieren. Als sie kurz darauf Mutter wird und bald allein die Verantwortung für ihre Tochter trägt, muss sie sich eingestehen: Das geht nicht zusammen. «Um Spitzenfussball zu spielen, hätte ich mein Kind vernachlässigen müssen. Das wollte ich nicht.» Fortan spielt sie in tieferen Ligen.

FRAUEN AUF SAND VERBANNT

Diskriminierung und Sexismus seien im Sport weit verbreitet, sagt sie. So hätten die Frauenteam oft nur auf einem Sandplatz trainieren können. «Es hiess immer,

der Zustand des Rasens sei zu schlecht. Aber die Männer durften natürlich dort trainieren. Auch die Junioren.» Bei Fussballerinnen spiele auch, weit mehr als bei Fussballern, das Aussehen eine wichtige Rolle. Etwa, als es darum ging, Beach-Soccer als Frauensport aufzubauen (siehe Text rechts): «Die Männer sagten uns: Wenn ihr mehr Aufmerksamkeit wollt, müsst ihr halt auch so knappe Hösli tragen wie die Beach-Volleyballerinnen. Wir haben dankend abgelehnt.»

Für Steinemann kommt noch dazu, dass sie bisexuell lebt. Manchmal komme es ihr vor, sagt sie, als habe die Gesellschaft gleich doppelt keinen Platz für sie vorgesehen: als Frau, die Fussball spielt, und als Frau, die nicht hetero ist. «Da schlägt dir oft Ablehnung entgegen. Hast du die Kommentare über Ramona Bachmann gesehen?» Die Stürmerin, mit 60 Toren einer der Stars der Schweizer Nati, ist kürzlich Mutter eines Sohnes geworden. Sie ist mit einer Frau verheiratet, das Kind wurde mit künstlicher Befruchtung gezeugt. In den Kommentarspalten der Onlinemedien hagelte es Hasskommentare. «Wäre sie hetero, hätte sich niemand aufgeregt», sagt Steinemann. «Wir haben noch längst keine Gleichstellung. Im Fussball nicht, aber auch in der Gesellschaft nicht.»

«KÖNNEN SEHR VIEL ERREICHEN»

Und doch: Der Stellenwert des Frauenfussballs sei in den letzten vier, fünf Jahren enorm gewachsen. Im November habe sie das Testspiel der Nati im Zürcher Letzigrund mitverfolgt, zusammen mit 17 000 Zuschauerinnen und Zuschauern – ein neuer Rekord, «fantastisch!» Am 2. Juli ist Anpfiff zur Fussball-Europameisterschaft in der Schweiz, in Bern und Zürich sind die Gruppenspiele bereits ausverkauft. Dass der Frauenfussball jetzt in grossen Stadien stattfindet, mit Tausenden Fans, TV-Übertragung und so weiter – das, sagt Franziska Steinemann, «berührt mich unglaublich». Diese Entwicklung, zu der sie auch beigetragen hat, die zeige vor allem etwas: «Wenn wir uns nicht entmutigen lassen, können wir Frauen sehr viel erreichen.»

Die feministischen Forderungen an die Öffentlichkeit tragen und dabei cool aussehen: Dafür gibt's jetzt das passende T-Shirt. Die Unia tritt dabei als Trikotsponsorin auf.

CHRISTIAN EGG

Design soll mehr leisten als gut aussehen: Das finden Naomi Egli und Dagna Salwa, zwei Designerinnen aus Zürich. Egli sagt zu work: «Wir sehen Design als Mittel, um gesellschaftliche Veränderungen voranzubringen.» Diese Haltung haben die beiden jetzt in die Tat umgesetzt: Mit einem Fussballtrikot.

Ob am feministischen Streik vom 14. Juni, an der Frauen-Fussball-EM oder im Alltag: Das Shirt mit dem Namen «EM-power» ist ein Statement gegen Gewalt, gegen Diskriminierung und für Gleichstellung. Es macht die Forderungen sichtbar – und wer es kauft, unterstützt Projekte für benachteiligte Frauen und queere Menschen. Egli und Salwa verdienen nichts an dem Projekt. Der Erlös geht an vier gemeinnützige Organisationen:

Amnesty International: Die Mittel aus dem Verkauf gehen an ein Projekt in West-

afrika, das mit Bildung und Bewusstseinsarbeit gegen geschlechtsspezifische Gewalt kämpft.

Brava (ehemals Terre des Femmes): Die feministische NGO engagiert sich gegen Gewalt an Frauen und gegen Sexismus.

Inaya: Die Initiative unterstützt geflüchtete Frauen und genderqueere Menschen im Alltag. Etwa bei der Wohnungs- oder Jobsuche, im Umgang mit Ämtern oder bei finanziellen Schwierigkeiten.

Fussball kann mehr: Die Plattform zur Stärkung des Frauenfussballs in der Schweiz vernetzt engagierte Menschen. Und zeigt auf, wo es Veränderungen braucht: in den Vereinen und Verbänden, in der Politik, in der Gesellschaft.

Die Unia unterstützt die Aktion finanziell. Zum vielfältigen Netzwerk hinter «EM-power» gehört auch die Ex-Fussballerin und Podcasterin Sarah Akanji. Sie sagt: «Das Projekt bringt sehr unterschiedliche Bereiche zusammen: Fussball, Feminismus, Design. Alle Beteiligten stehen hinter den gleichen Forderungen. Diese solidarische Haltung wollen wir mit dem Trikot jetzt allen zeigen.»

Das Trikot vorbestellen: ensole.com

Euro 2025 Anpfiff für mehr Lohn-gleichheit

Die Nati-Fussballerinnen erhalten an der Euro 2025 gleich hohe Erfolgsprämien wie die Männer. Im Schweizer Clubfussball herrscht bei den Löhnen jedoch weiterhin massive Ungleichheit.

IWAN SCHAUWECKER

Bei den Prämien für die Frauen- und Männer-Nationalteams hat der Schweizerische Fussballverband (SFV) seit 2024 für Geschlechtergerechtigkeit gesorgt: Frauen und Männer erhalten gleich hohe Bonuszahlungen bei der Qualifikation für eine EM- oder WM-Endrunde und bei Erfolgen an den Turnieren (work berichtete: rebrand.ly/erster-schritt).

SUPER LEAGUE ALS NEBENJOB

Ganz anders ist die Situation in der Super League. Dort herrscht trotz stark wachsender Popularität des Frauenfussballs weiterhin grosse Ungleichheit. Der Durchschnittsbruttolohn eines Fussbal-



NATI-CAPTAIN LIA WÄLTI: Sie würde mit einem Büro-Job mehr verdienen. FOTO: REY

lers in der Super League liegt nach Berechnungen des «Sonntagsblicks» bei 13 900 Franken pro Monat. Bei den Frauen ist das Kicken in der Super League dagegen meistens ein Nebenjob. Nur etwa zwanzig Spielerinnen können in der Schweiz vom Fussball leben. Die meisten Schweizer Nati-Spielerinnen sind deshalb bei ausländischen Clubs unter Vertrag. Dort verdienen sie besser als in der Schweiz, aber immer noch deutlich weniger als ihre männlichen Kollegen in der Super League.

AUF DEM PLATZ EIN STAR ...

Nati-Captain Lia Wälti (32) ist seit 2019 beim englischen Club Arsenal Women FC angestellt und gehört damit zu den meistverdienenden Schweizer Spielerinnen. Gegenüber dem Nachrichten-

portal Watson sagte die Profisspielerin, dass sie mit einem gut bezahlten KV-Job in der Schweiz mehr Geld verdienen würde als mit dem Fussball in der ersten englischen Liga.

... BEIM LOHN EIN SPATZ

Naomi Luyet (19) hat dieses Jahr mit YB den Meistertitel geholt und ist zur besten Spielerin der Super League gewählt worden. Über ihren Lohn als Star-Stürmerin für YB sagte sie: «YB bezahlt uns die Unterkunft, und so reicht es, um davon zu leben.» Luyet arbeitet zudem in einem 25-Prozent-Pensum als Büroangestellte bei ihrem Club. Auf die nächste Saison wechselt sie in die deutsche Bundesliga zu TSG Hoffenheim, um sich dort voll auf ihre Fussballkarriere fokussieren zu können.

Doch nicht nur bei den Löhnen gibt es noch Nachholbedarf im Schweizer Fussball. Auch bei der Verfügbarkeit von Fussballplätzen und Kabinen bestehen bei vielen Vereinen noch grosse Ungleichheiten und Benachteiligungen der Frauenteam.



FRANZISKA STEINEMANN IST STOLZ: Dass Frauenfussball jetzt in grossen Stadien stattfindet und im TV übertragen wird, ist eine Entwicklung, die sie unglaublich berührt. FOTO: RAJA LAUBLI

30 Jahre gegen Rassismus

BERN. Die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) feiert ihr 30-Jahr-Jubiläum. Die jüngsten Zahlen zeigen, wie dringend ihre Arbeit ist: 2024 gaben 17 Prozent der Bevölkerung an, in den letzten fünf Jahren Opfer von rassistischer Diskriminierung gewesen zu sein. Das bedeutet: jede sechste Person im Land ist von Rassismus betroffen. Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider sagt: «Die EKR fungiert seit 30 Jahren als Stimme der Vernunft und des Rechtsstaates: Sie erinnert daran, dass die Gleichwertigkeit und die Gleichberechtigung aller Menschen kein Luxus ist, sondern Grundlage unserer Demokratie.»

Staatshilfe für Stahl Gerlafingen und Swiss Steel

SOLOTHURN/LUZERN. Neben Stahl Gerlafingen hat Ende Mai auch das Stahlwerk von Swiss Steel in Emmenbrücke staatliche Unterstützung beantragt. Die Walliser Aluminiumhersteller Novelis und Constellium haben dagegen auf ein Gesuch verzichtet. Die redu-



HILFE für die Stahlbuezer. FOTO: KEYSTONE

zierten Strompreise für die Stahlwerke sind an verschiedene Bedingungen geknüpft: finanzielle Unterstützung durch die Kantone, Standortgarantien, ein Verzicht auf Dividendenzahlungen und die Reduktion des CO₂-Ausstosses.

Steuererklärung: Frauen sind nicht mehr Anhängsel

BERN. Eine Steuererklärung pro Person. Und: Frauen nicht mehr als ökonomisches Anhängsel des Mannes. Das will die Individualbesteuerung. Jetzt hat sich der Ständerat dem vom Nationalrat vorgeschlagenen Kompromiss angeschlossen. Allerdings äusserst knapp. In den anstehenden Schlussabstimmungen im Parlament besteht also Absturzgefahr. Die Individualbesteuerung ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu mehr Steuergerechtigkeit und der tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter. Dagegen wehren sich SVP, Mitte und Rechtsfreisinnige.

Landesweiter Streik der Lastwagen-Fahrer

IRAN. Seit drei Wochen befinden sich Lastwagenfahrer in mehr als 160 iranischen Städten im Streik. Über 40 Fahrer und Gewerkschafter sind bei den landesweiten Protesten festgenommen worden. Die Fahrer protestieren gegen die miserable wirtschaftliche Lage, steigende Diesel- und Versicherungskosten, tiefe Löhne und die sich weiter verschlechternden Lebensbedingungen unter dem Mullah-Regime.

workonline Unsere Top-Artikel auf workzeitung.ch

Die krummen Geschäfte des Bananen-Imperiums



GELBES IMPERIUM: Chiquita ist einer der weltgrössten Bananen-Produzenten. FOTO: KEYSTONE

Die meisten Chiquita-Bananen in der Schweiz kommen aus Panama. Dort hat Chiquita kürzlich fast 5000 streikende Arbeiterinnen und Arbeiter entlassen. Gewerkschaften hatten aufgerufen, gegen die neusten Sozialabbaupläne der Regierung zu protestieren. Der Protest dauert schon

Chiquita hat eine lange Geschichte neokolonialer Einmischung, geprägt von Bestechung und Mord.

über einen Monat. Die Regierung bezeichnet die Streiks als illegal und geht mit harter Repression gegen die Protestierenden vor. Die Proteste richten sich gegen die neoliberale Doktrin des rechten Präsidenten José Raúl Mulino, die Konzerne wie Chiquita nach ihrem Gusto schalten und walten lässt. Und gegen ein eben unterzeichnetes Abkommen,

das die Stationierung von US-Truppen am Panama-Kanal erlaubt. Die zuletzt verkündete Rentenreform ist der berühmte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat. Francisco Smith, Präsident der Bananenarbeiter-Gewerkschaft Sitraibana, sagte dem Fernsehsender Telemetro: «Der Streik ist legal! Denn die Abgeordneten, die die Sozialreform angenommen haben, schaden dem Bananensektor.» Denn die Reform drücke die Löhne und Renten. Wer dagegen profitieren dürfte: Chiquita. Der Bananenkonzern mit Sitz im Kanton Waadt hat eine lange Geschichte neokolonialer Einmischung in Lateinamerika, geprägt von Bestechung, Putsch und Mord.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/chiquita)
rebrand.ly/chiquita

So holen Sie work auf Ihr Handy



Täglich finden Sie neue Artikel auf unserer Website: www.workzeitung.ch

Und so installieren Sie sich work auf dem Handy wie eine App: Öffnen Sie workzeitung.ch im Browser Ihrer Wahl (Firefox, Safari usw.).

Für iPhone: Klicken Sie auf das Teilen-Symbol, scrollen Sie nach unten und wählen Sie «Zum Home-Bildschirm».

Für Android: Tippen Sie oben rechts auf das Drei-Punkte-Menü, dann auf «Zum Startbildschirm» zufügen.

Sie finden uns auch auf Facebook, Instagram und Tiktok!

Neue Homeoffice-Regelungen bedrohen fast alle

In seinem ersten Bericht zum Homeoffice hatte sich der Bundesrat noch klar gegen eine spezielle gesetzliche Regelung ausgesprochen. Jetzt macht die SVP/FDP-dominierte Landesregierung eine Kehrtwende und unterstützt einen Vorschlag der Wirtschaftskommission des Nationalrates. Damit folgt der Bundesrat den Arbeitgeberverbänden. Diese wollen 17-Stunden-Tage, Nachtarbeit auf Abruf und bewilligungslose Sonntagsarbeit. Angeblich geht's nur um Kader im Homeoffice. Doch in Wahrheit sind Millionen Beschäftigte betroffen. Denn der Geltungsbereich ist bewusst so weit gefasst, dass fast alle reinrutschen können. Arbeitgeber und Bundesrat wollen gesetzliche Bestimmungen zu Pausen und Ruhezeiten nicht mehr einhalten, die kurzfristige Anordnung von Nachtarbeit erlauben und bis zu sechsmal jährlich einen Sonntagsarbeitsbefehl im Homeoffice ohne Bewilligung und Kontrolle durch die Behörden erlauben. Ausserdem soll es keinerlei Einschränkung nach Lohn oder echter Autonomie geben. Das heisst: es kann jede und jeden treffen, zum Beispiel auch den Polier oder die Person vom Bau, die etwa Protokolle zu Hause aufnimmt.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/homeoffice-regel)
rebrand.ly/homeoffice-regel

Lesetipps zum Pride-Month

Juni ist Pride-Month! Die work-Redaktion liefert pünktlich die besten Lesetipps. Von Queerness aus dem Bundeshaus, über einen Band aus Kurzgeschichten und schön illustrierte Kinderbücher bis

Unfalltod eines Baubüezers: Die User sind traurig und wütend

work hat über den tragischen Unfalltod von Unia-Baubüezer Djavid Veliu berichtet. Auf Social Media hat die Geschichte viele Reaktionen ausgelöst. Die meisten drücken der Familie des Verstorbenen ihr Beileid aus. Viele zeigen sich aber auch verärgert. Sie sind wütend darüber, wie Baubuden mit ihren Büezern umgehen und dass diese immer mehr Druck auf Bauarbeiter ausüben und damit mehr Unfälle in Kauf nehmen.



@workzeitung

zu abgefahrenen Fantasy-Romanen – alles ist dabei! An der diesjährigen Pride «Basel tickt bunt» ist auch der Block des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes am Start. Gerade am Arbeitsplatz erleben queere Menschen Diskriminierung und Ausgrenzung.

Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/LesetippsQueer)
rebrand.ly/LesetippsQueer

SVP-Initiative: Angriff auf die Löhne

Die SVP schürt einmal mehr Ängste – mit ihrer sogenannten «Nachhaltigkeits-

Mein Beileid. Mein Onkel verstarb vor bald drei Jahren auf der Baustelle. Bis heute möchte niemand Verantwortung übernehmen.
Rosie

Ich kenne solche Grossbaustellen sehr gut. Was sich die Baumeister leisten, ist einfach traurig. Das muss sich ändern!
Stefan

Typisch Schweiz. Es geht immer nur um das Geld.
ichbinner

Leider sind wir im heutigen System nur Nummern, die einfach ersetzt werden.
Ela85

Sehr tragisch und ein herzliches Verhalten des Arbeitgebers.
Liliteresa

Die Firma soll die Ehefrau finanziell unterstützen. Das wäre das mindeste.
Mila

Auf dem Bau bist du nur am Rennen und vergisst die Suva-Regeln.
f11k07



initiative», auch bekannt als «Keine 10-Millionen-Schweiz»-Initiative. Warum dieser Vorschlag völliger Unsinn ist und sogar unsere Löhne gefährdet, erklärt work-Autor Clemens Studer im Video.

Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/svp-initiative)
rebrand.ly/svp-initiative

Eine neue Ära der Revolutionärinnen

Iran, Polen, Belarus, Sudan. Rund um den Globus gehen die Frauen auf die Strassen, um für den Erhalt ihrer hart erkämpften Rechte einzustehen. Das

neue Buch von Shila Behjat zeigt die Gefahren für unsere Demokratien, aber auch die weiblichen Gesichter der jüngsten Aufstände und Proteste. Sie schreibt: «Diese Frauen sind ein Zeugnis dafür, dass Frauen neu in die Geschichte hineingeschrieben werden müssen, und führen uns vor Augen, dass in den letzten Jahren ein neues Kapitel aufgeschlagen wurde – von Frauen, deren Mut und Engagement ein ganzes Buch zu füllen imstande sind.» Und genau diesen Versuch wagt Behjat.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/FrauenRevolution)
rebrand.ly/FrauenRevolution

Gesundheit am Arbeitsplatz: Frauen im Nachteil

Frauen sind keine kleinen Männer



UNGLEICH: Der frühere französische Präsident Nicolas Sarkozy und seine Frau Carla Bruni. FOTO: KEYSTONE

Die körperlichen und psychischen Belastungen bei der Arbeit sind hoch. Die Folge davon sind Unfälle und Krankheit. Dabei wird gerade bei der Gesundheit der Frauen zu wenig genau hingeschaut. Das ist eine alarmierende Situation.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Erkrankungen des Gehörs, der Atmungssysteme oder des Bewegungsapparats sind anerkannte Berufskrankheiten. Doch ein genauer Blick in die Statistik zeigt: Von Berufskrankheiten betroffen sind 90 Prozent Männer und nur 10 Prozent Frauen. Das zeigt eine Statistik des Bundes aus dem Jahr 2022. Ein ähnliches Bild zeichnet sich



«Die Unterschiede zwischen Mann und Frau werden kaum beachtet.»

CHRISTINE MICHEL,
GESUNDHEITSEXPERTIN UNIA

bei den Unfällen ab: Über 190 000 Männer erlitten 2022 einen Unfall, bei den Frauen sind es 78 000 Unfälle. Gesünder sind die Frauen aber nicht. Denn sie fehlten im selben Jahr durchschnittlich 10,2 Tage am Arbeitsplatz, Männer hingegen 8,9 Tage.

Wie lässt sich dieser Unterschied erklären? Christine Michel, Fachsekretärin für Gesundheitsschutz der Gewerkschaft Unia, sagt: «Frauen erleiden weniger klassische Berufsunfälle wie Abstürze. Sie sind stärker von Beschwerden wie Rückenschmerzen betroffen, diese fallen jedoch selten unter die Unfallversicherung. Häufig bleibt zudem unsichtbar, welche konkreten Unterschiede zwischen Frauen und Männern bei der Arbeit

vorhanden sind.» Was Michel anspricht, hat die Wissenschaft bestätigt. Es handelt sich um den sogenannten Gender-Health-Gap, übersetzt: Geschlechter-Gesundheits-Lücke. Gemeint ist, dass Differenzen zwischen den Geschlechtern unsichtbar bleiben, weil medizinische Studien häufig nur mit Männern durchgeführt werden. Frauen werden somit gesundheitlich weniger gut versorgt, und ihre Bedürfnisse sind versicherungsmässig schlechter abgedeckt.

ZUGESCHNITTEN AUF DEN MANN

Die Folgen davon sind auch bei der Arbeit spürbar. Michel sagt: «Gerade bei der Arbeitssicherheit und dem Gesundheitsschutz werden die Unterschiede zwischen Frau und Mann kaum beachtet.» Dabei nennt sie ganz konkrete Beispiele: Das Werkzeug auf der Baustelle, der Putzwagen in der Reinigung oder die Küchen in Gastronomiebetrieben – alles ist auf den durchschnittlichen weissen Mann zugeschnitten. Dabei muss klar sein: Frauen sind nicht einfach nur die kleineren Männer.

Die Unia-Gesundheitsexpertin erklärt an einem Beispiel, wie bei Frauen biologische Gegebenheiten und schlechte Arbeitsbedingungen sich verstärken können: «Nehmen wir das Beispiel vom Bau: Aufgrund ihres Zyklus reagieren Frauen stärker auf Hitze. Weil aber auf Baustellen Toiletten für Frauen fehlen, trinken sie weniger, damit sie weniger auf die Toilette müssen. Dies verstärkt ihre Gesundheitsrisiken: Die Gefahr der Dehydrierung und von Hitzeerkrankungen steigt.» Klar ist laut Michel, dass in Branchen wie dem Bau, dem Verkauf, der Pflege, dem Gastgewerbe, der Reinigung und vielen mehr die Arbeitslast hoch ist. Hektische Situationen, monotone und anstrengende Bewegungen sowie Zeitdruck und Stress sind schädlich für die Gesundheit aller Arbeiterinnen und Arbeiter.

DIE GEFAHR VON STRESS

Gerade beim Thema Stress sieht Michel enorme Risiken. Stress nimmt immer weiter zu, und gerade bei Frauen ist der Anstieg stärker. Jede vierte erwerbstätige Frau erlebt Stress am Arbeitsplatz. Michel erklärt: «Generell nimmt der Stress wegen des Tempos und der Arbeitsdichte stark zu. Dazu kommt auch oftmals eine Überbelastung durch

Nicht aktuell: Die Liste der Berufskrankheiten

Die Liste der anerkannten Berufskrankheiten von der Suva ist lang. Aber wie aktuell ist sie? Diese Frage stellte 2023 Nationalrätin Barbara Gysi (SP) zu Recht dem Bundesrat. Denn die Liste der Krankheiten wurde seit 2018 nicht aktualisiert. Gerade beim Thema Brustkrebs ist die Situation alarmierend. Es ist erwiesen, dass Nachtarbeit bei Frauen brustkrebsfördernd sein kann. Der Interpellation von Gysi folgte eine Antwort des Bundesrats, der eine Aktualisierung der Liste der Berufskrankheiten nicht als nötig erachtet. (dak)

Personalmangel. Davon sind auch Männer betroffen.» Doch gibt es viele Stresstreiber, die besonders bei Frauen häufiger dazukommen. «Berufe mit Kunden- oder Patientenkontakt können sehr stressig sein und werden oft von Frauen ausgeführt. Ein Stressfaktor kann auch sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz sein», sagt die Unia-Frau.

Und dazu kommt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, was oft auf die Frau zurückfällt. «So kumuliert sich der Stress immer weiter. Und wer über längere Zeit an Stress und Erschöpfung leidet, ist Burnout-gefährdet», so Michel.

DIE KÄMPFE DER GEWERKSCHAFTEN

Geht es um die Gesundheit der Frauen am Arbeitsplatz, konnten die Gewerkschaften bereits einiges erreichen. Darunter die Stillpause. Michel: «Die Stillpause war ein grosser Erfolg, wird aber von vielen Betrieben noch zu wenig umgesetzt und sollte mehr genutzt werden.» Konkret ist im Schweizer Arbeitsrecht geregelt, dass stillende Mütter während der Arbeitszeit Stillpausen einsetzen dürfen. Auch der Mutterschaftsurlaub ist ein gewerkschaftlicher Erfolg. Er feiert dieses Jahr sein 20jähriges Bestehen.

Einen neuen gewerkschaftlichen Kampf lancierte kürzlich der Europäische Gewerkschaftsbund, EGB. Der Fokus: Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz. Dabei wird ein besonderes Augenmerk auf Gewalt, die von Dritten ausgeht, gelegt werden. Beispielsweise von der Kundschaft oder von Patienten.

Gender-Gaps

Eine kleine Übersicht

Lohn-Lücke, Renten-Lücke, Gesundheits-Lücke: überall ist die Gleichberechtigung lückenhaft. Welche Lücken oder Gaps gibt es überhaupt? work liefert die Antworten.

Gender-Health-Gap – die Lücke in der Medizin

In der medizinischen Forschung, aber auch in der Behandlung liegt der Fokus auf dem Mann. Die Geschlechterunterschiede werden zu wenig berücksichtigt, was zur Folge hat, dass Frauen falsch behandelt werden. Viele Krankheitsbilder von Frauen werden zudem nicht genug erforscht, was zu gefährlichen Datenlücken führt. Ein bekanntes Beispiel ist der Herzinfarkt, bei dem Frauen andere Symptome haben und der deshalb oft (zu) spät entdeckt wird.

Gender-Pay-Gap – die Lücke beim Lohn

Frauen verdienen weniger als Männer. Diese Lücke beim Lohn nennt sich auch Gender-Pay-Gap. Frauen verdienen weniger, weil sie öfter in Teilzeitjobs arbeiten, in Tieflohnbranchen wie der Reinigung oder dem Verkauf tätig sind oder bei der Entlohnung diskriminiert werden. Die Folgen: Frauen sind finanziell abhängig vom Partner. Faire Löhne bedeuten Schutz, Unabhängigkeit und ein Leben in Würde. Deshalb kämpft die Gewerkschaft Unia für bessere Löhne.

Gender-Care-Gap – die Lücke bei der Sorgearbeit

Frauen verrichten den Grossteil der Sorgearbeit – darunter fällt die Betreuung von Kindern, die Pflege von Familienangehörigen oder der Haushalt. Diese Arbeit ist besonders im



UNBEZAHLTE ARBEIT: Häufig kümmern sich Frauen um die Kinder. FOTO: KEYSTONE

privaten Rahmen oft unbezahlt. Das heisst: Frauen verrichten Arbeit, ohne dafür entlohnt zu werden. Um diese Lücke zu schmälern, muss die Arbeit gerechter aufgeteilt werden.

Gender-Pension-Gap – die Lücke bei der Rente

Sie ist die logische Folge vom Gender-Pay-Gap. Auch bei der Rente leiden Frauen unter ihrem tiefen Erwerbseinkommen. Ihre Renten sind oft tiefer als jene der Männer. Frauen erhalten im Schnitt ein Drittel weniger Rente als Männer.

Gender-Leisure-Gap – die Lücke bei der Freizeit

Wäsche, einkaufen, kochen – die Rollenverteilung ist bei vielen Paaren klar, die meiste Care-Arbeit fällt auf die Frau zurück. Die Folge: Frauen haben weniger Freizeit. Männer nehmen sich ihre Freizeit für Hobbys sowie Medienkonsum. Bei Frauen fällt in der Freizeit oft unbewusst Arbeit an. Dabei ist gerade für Frauen, die neben der Care-Arbeit auch berufstätig sind, Erholung für die mentale Gesundheit wichtig.

Gender-Pain-Gap – die Lücke beim Schmerzempfinden

Gleich am Gender-Health-Gap knüpft eine weitere Lücke an – nämlich beim Schmerzempfinden. Frauen empfinden Schmerzen anders und werden beim Klagen über Schmerzen weniger ernst genommen. So erhalten sie beispielsweise in der Notaufnahme weniger starke Medikamente. Das Bild der «schwachen» Frau bleibt weiterhin verfestigt. (dak)



Unbezahlte Arbeit Büggle mal, Mann!

Frauen arbeiten mehr. Das hat das Bundesamt für Statistik für das Jahr 2024 bestätigt. Ein paar Zahlenbeispiele.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Frauen Männer



Durchschnittlich geleistete Arbeitsstunden pro Woche, bezahlt und unbezahlt.



Anteil der unbezahlten Arbeit.



Durchschnittlich geleistete Haus- und Familienarbeit in Familien mit mindestens einem Kind unter 7 Jahren.



Stunden pro Woche für mit den Kindern spielen und bei den Hausaufgaben helfen (jüngstes Kind unter 17 Jahren).



Stunden pro Woche für den Kindern Essen geben, sie waschen, ins Bett bringen (jüngstes Kind unter 17 Jahren).



Stunden pro Woche für Waschen und Bügeln.



Stunden pro Woche für die Zubereitung von Essen.



Stunden pro Woche für handwerkliche Tätigkeiten.

Mindestlöhne: Bewährtes Mittel für Lohngleichheit Frauenarbeit ist weniger wert – noch immer!

Mindestlöhne sind den Bürgerlichen ein Dorn im Auge, deshalb bekämpfen sie sie, wo sie nur können. Dabei ist sonnenklar: von Mindestlöhnen profitieren alle, insbesondere aber Frauen und Migrantinnen. Das zeigt der neue Frauenlohn-Report der Unia.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Als Begründung für die neue Welle von Frauen diskriminierung bis -hass ist immer häufiger zu hören, die Frauen hätten «zu viel verlangt». Wie kreuzfalsch diese Aussage ist, zeigt die Diskriminierung bei den Löhnen. Denn dort ist die Frauenforderung weit weg von «zu viel», sondern lediglich das, was in der Schweizer Bundesverfassung seit

Die Schweiz verstösst gegen ihre eigene Verfassung.

1981 steht: Frauen und Männer sollen gleich viel verdienen. Doch die Schweiz verstösst seit fast 45 Jahren gegen ihre eigene Verfassung.

43 PROZENT WENIGER

Der durchschnittliche Lohnunterschied in der Privatwirtschaft betrug 2012 satte 21,3 Prozent. Heute sind wir noch immer bei 17,5 Prozent. Es geht also nur im Schnecken tempo vorwärts. Und: Der Lohnunterschied nimmt im Verlauf des Frauenlebens zu. Beim Berufseinstieg ist er gering, erhöht sich danach kontinuierlich. Um die tatsächliche Lohndiskriminierung der Frauen besser darstellen zu können, erfasst der Bund seit 2022 den Gender Overall Earnings Gap (GOEG). Dies auch als Folge des grossen Frauenstreiks von 2019. Der GOEG beziffert, wie viel Geld den Frauen über ein gesamtes Erwerbsleben betrachtet fehlt. Aktuell haben Frauen nach dieser Berechnung 43 Prozent weniger Einkommen als Männer.

Frauen verdienen weniger, weil sie als Frauen diskriminiert werden. Und auch deshalb, weil sie in Teilzeitjobs arbeiten, um den Hauptanteil der unbezahlten Care-Arbeit zu übernehmen (siehe Spalte links). Frauen verdienen auch deshalb weniger, weil die Löhne in Branchen mit einem hohen Frauenanteil generell tief sind. Dies zeigt, dass der Arbeit von Frauen weniger Wert beigemessen wird als der Arbeit von Männern.



UNIA-ÖKONOMIN NOÉMIE ZURLINDEN: «Mindestlöhne sind zentral für die Gleichstellung.» FOTO: KEYSTONE

Während bei den Männern jeder zehnte einen Tieflohn (weniger als 4113 CHF/Monat) verdient, ist es bei den Frauen jede fünfte. Frauen mit Migrationshintergrund sind besonders stark von Tieflohnen betroffen (siehe Grafik 1). Und sogar eine abgeschlossene Lehre schützt Frauen nicht vor Tieflohnen (siehe Grafik 2).

GEWERKSCHAFTSERFOLG

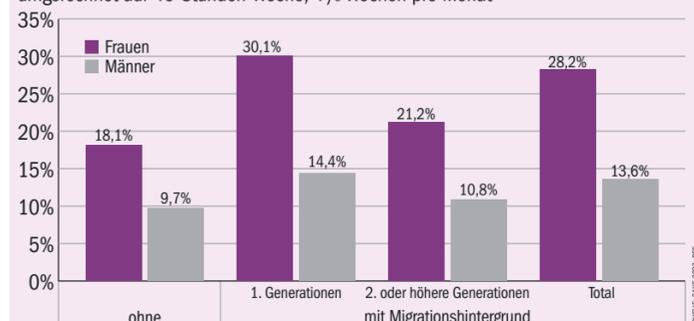
Eine wirkungsvolle Massnahme gegen die Lohndiskriminierung der Frauen sind Mindestlöhne. Das zeigt der neue Frauenlohnreport der Unia. Unia-Ökonomin Noémie Zurlinden sagt: «Gesetzliche Mindestlöhne sind zentral für die Gleichstellung.» Ende der 1990er Jahre starteten die Gewerkschaften die erste Mindestlohnkampagne. Als Folge sank der Anteil von Frauen mit Tieflohnen. Ab 2009 begann eine zweite Mindestlohnkampagne, die zur Mindestlohninitiative 2014 führte. Die Stimmberechtigten haben diese zwar abgelehnt. Sie war aber trotzdem ein Erfolg, denn der Anteil der Frauen im Tieflohnsektor sank wieder, nachdem er zwischen den Kampagnen angestiegen war (siehe Grafik 3).

Dass Mindestlöhne für Frauen besonders wichtig sind, zeigt der Kanton Genf. Dort gilt seit dem 1. November 2020 ein Mindestlohn von 23 Franken pro Stunde. Seither ist der Anteil der Frauen mit Tieflohnen massiv gesunken – der Anteil der Männer übrigens auch (siehe Grafik 4). Unia-Präsidentin Vania Alleva sagt: «Das Beispiel Genf zeigt, dass Mindestlöhne konkret zu besseren Frauenlöhnen führen. Es braucht aber flächendeckend gute Mindestlöhne – in Gesamtarbeitsverträgen und im Gesetz.»

ANGRIFF AUF FRAUENLÖHNE

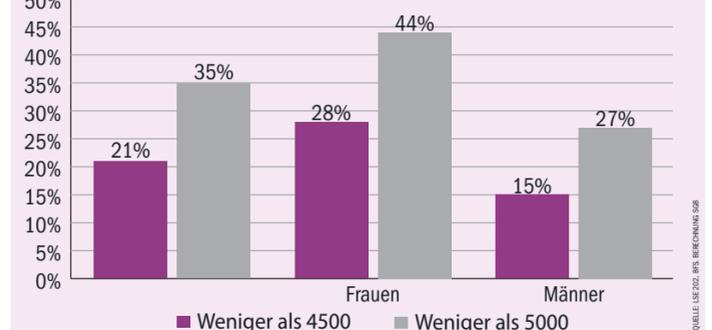
Deshalb sind Angriffe auf die gesetzlichen Mindestlöhne auch Angriffe auf die Frauenlöhne. Wie die Motion Ettlín. Sie fordert, dass die Löhne gemäss Gesamtarbeitsvertrag (GAV) Vorrang haben. Das bedeutet, dass in Kantonen wie Genf oder Neuenburg, wo das Stimmvolk Mindestlöhne angenommen hat, diese in einzelnen Branchen mit GAV nicht mehr gelten würden (siehe Seite 10). Die Folge: Die Löhne in den Tieflohnbranchen würden sinken und damit einmal mehr die Löhne der Frauen und Migrantinnen.

Anteil Arbeitnehmende mit Tieflohnen, nach Geschlecht und Migrationshintergrund
Tieflohne: Bruttolöhne tiefer als 2/3 des Medianlohns, also tiefer als 4113 CHF mal 13; umgerechnet auf 40-Stunden-Woche, 4 1/3 Wochen pro Monat



1 ZWEIFACHE DISKRIMINIERUNG: Über 28 Prozent der Frauen mit Migrationshintergrund verdienen einen Tieflohn. Das ist fast jede dritte. GRAFIK: UNIA

Anteil der Beschäftigten mit Lehrabschluss mit tiefen Löhnen
Bruttolöhne umgerechnet auf eine 40-Stunden-Woche, 4 1/3 Wochen pro Monat mal 13



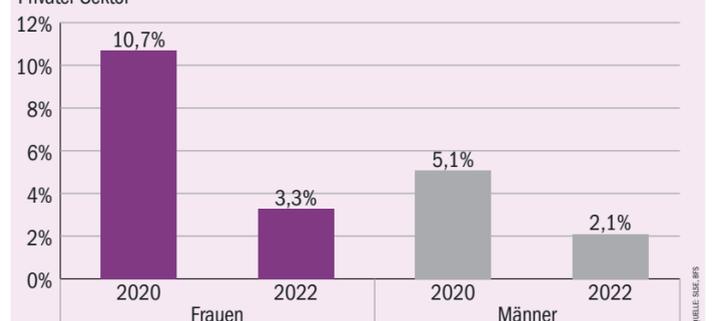
2 TIEFLOHN TROTZ LEHRABSCHLUSS: Fast 30 Prozent der Frauen mit Lehrabschluss verdienen bei einer Vollzeitstelle weniger als 4500 Franken – doppelt so viele wie bei den Männern. GRAFIK: UNIA

Anteil Arbeitnehmende mit Tieflohnen, nach Geschlecht
Tieflohne: Bruttolöhne tiefer als 2/3 des Medianlohns; umgerechnet auf 40-Stunden-Woche, 4 1/3 Wochen pro Monat



3 ERFOLGREICHE KAMPAGNEN: Während der Mindestlohnkampagnen der Gewerkschaften zu Beginn der nuller Jahre und in den zehner Jahren stiegen die Löhne, dazwischen sanken sie wieder. GRAFIK: UNIA

Anteil der Löhne tiefer als 4000 CHF mal 12, nach Geschlecht, Kanton Genf
Bruttolöhne, umgerechnet auf eine 40-Stunden-Woche, 4 1/3 Wochen pro Monat Privater Sektor



4 MINDESTLOHN IN GENF: Mit der Einführung des kantonalen Mindestlohnes sank der Anteil von Lohnabhängigen mit tieferen Löhnen als 4000 Franken, hauptsächlich bei den Frauen, aber auch bei den Männern. GRAFIK: UNIA



TRAUMATISCH: Was Raquel H. als Sans-papiers in der Schweiz erlebte, hinterliess bei ihr tiefe Wunden.

FOTO: MICHAEL SCHOCH



IWAN SCHAUWECKER

work: Wie sind Sie in die Schweiz gekommen?

Raquel H.: 2018 kam ich aus El Salvador in die Schweiz. Ich musste meine beiden Kinder im Alter von vier und zehn Jahren zurücklassen. Ich flüchtete vor der Bandengewalt und war voller Hoffnung. Als ich angekommen war, hatte ich lediglich das Geld für eine Monatsmiete. Ich war darauf angewiesen, möglichst schnell eine Arbeit zu finden.

Und wie haben Sie das gemacht?

Ich hatte kein persönliches Netzwerk und konnte auch kein Deutsch. Meine Vermieterin hat mir von einem Job in Chur erzählt, wo ich als Haushälterin auf einen Jungen aufpassen sollte. Man versprach mir 1000 Franken

«Jedes Bewerbungsgespräch konnte eine Falle der Polizei sein.»

pro Monat, einschliesslich Kost und Logis. Das schien mir eine gute Gelegenheit. Aber in meiner zweiten Arbeitswoche schickte die Frau das Kind weg. Es stellte sich heraus, dass sie gar nicht die Mutter, sondern die Tante war.

Und Sie sind trotzdem geblieben?

Ja, die Frau sagte mir, dass ich als Haushälterin arbeiten würde. Am Wochenende ging sie weg, und es kamen zwei Freunde von ihr, für die ich kochen musste. Nach dem Essen ging ich in mein Zimmer und wollte mit meinen Kindern per Whatsapp sprechen. Doch die beiden Männer holten mich raus und offerierten mir einen Schnaps. Ich lehnte ab und habe dann trotzdem einen Kaffee mit ihnen getrunken. Ab da habe ich ein Blackout. Am folgenden Tag wachte ich auf, geschlagen und vergewaltigt.

Konnten Sie Hilfe holen in dieser Situation?

Ich konnte das niemandem sagen, denn ich hatte ja keine Aufenthaltsbewilligung. Wenn ich eine Anzeige gemacht hätte, wäre ich sofort ausgeschafft worden. Ich konnte nur weg von diesem Ort. Ich kann mich nicht mal mehr an die Adresse erinnern, die Erinnerungen sind zu schmerzhaft. Ich hatte grosse Angst. Ich musste sogar ein paar Nächte im Hauptbahnhof in Zürich übernachten, bis mich eine Frau zu den Mutter-Teresaschwestern im Zürcher Langstrassen-Quartier brachte. Während dreier Monate konnte ich dort leben, und in dieser Zeit habe ich auch die Spaz kennengelernt (siehe Box). Zusammen mit den Leuten vom Sans-papier-Kollektiv sind sie heute wie eine Familie für mich.

Nach drei Jahren haben Sie entschieden, Ihre Kinder in die Schweiz zu holen.

Ja, das war im Jahr 2021. Als meine Kinder kamen, konnte ich über vieles nicht sprechen: dass ich sie in El Salvador zurückgelassen hatte oder auch über die Vergewaltigung. Spaz organisierte uns psychologische Unterstützung und für die Kinder den Zugang zur Schule und die Krankenkasse.

Doch Sie lebten weiterhin versteckt in der Schweiz?

Bevor meine Kinder kamen, lebte ich in einer Wohngemeinschaft. Dort musste ich mich auch mal im Keller verstecken, weil mich jemand bei der Polizei verraten hatte. Auch bei allen Jobinterviews musste ich aufpassen. Jedes Bewerbungsgespräch konnte eine potentielle Falle der Polizei sein.

Welche Jobs haben Sie in dieser Zeit gemacht?

Ich habe in der Reinigung gearbeitet, auf Baustellen. Mit der ständigen Angst vor einem Unfall. In Privathaushalten habe ich auf Kinder aufgepasst, für 15 Franken pro Stunde, ein mieser Lohn trotz der grossen Verantwortung.

Und was hat sich geändert mit der Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung?

Ich habe jetzt einen Arbeitsvertrag und zahle Sozialversicherungsbeiträge. Und auch eine Krankenkasse habe ich, das war Voraussetzung für meine Aufenthaltsbewilligung. Im letzten Herbst habe ich geheiratet, und wir leben jetzt mit den Kindern in Bern. Ich arbeite in Langenthal BE in der Reinigung und verdiene 30 Franken pro Stunde. Das ist ein guter Lohn für den Moment. Eigentlich habe ich eine Ausbildung als Pharmazeutin, und in El Salvador habe ich während zehn Jahren in der Apotheke gearbeitet. Ich hoffe, dass ich eines Tages auch hier in einer Apotheke oder in der Pflege arbeiten kann.

Und am 14. Juni sind Sie auch am feministischen Streik?

Ich werde demonstrieren und halte in Zürich sogar eine Rede! Ich werde auf spanisch und auf deutsch sprechen. Ich kämpfe für meine Rechte als Frau. Aber ich habe auch zwei Jungen zu Hause und bin nicht mit allen feministischen Inhalten einverstanden. Ich setze mich für Gleichstellung bei den Löhnen und gegen Gewalt an Frauen ein. Wir alle haben Rechte, Männer und Frauen.

20 Jahre Spaz: Politik für Sans-papiers

In der Schweiz leben heute über 70 000 Sans-papiers. Da sie keine Sozialhilfe beziehen können, sind die meisten Sans-papiers berufstätig. Ihr Alltag ist geprägt von der Angst, ausgeschafft zu werden. Organisationen wie Spaz und andere Beratungsstellen ermöglichen nicht nur die Regularisierung, sie arbeiten zusammen mit der Plattform Sans-papiers Suisse auch an der Vernetzung und Verbesserung der politischen Situation für alle Sans-papiers.

NATIONALER BACKLASH. Doch im Bundeshaus passiert das Gegenteil. In der Frühlingssession überwies der Ständerat eine Motion, welche die Behörden und Versicherungen zu einem systematischen Austausch von Personendaten verpflichten will, wenn sie Sans-papiers betreffen: Wohnort, Versicherungsstatus oder Leistungen von Sozialversicherungen müssten gemeldet werden, um «die Anwesenheit von illegalen Migranten dauerhaft zu bekämpfen».

GUTE ENTWICKLUNG. Auf kantonaler Ebene gibt es dagegen auch politische Fortschritte. So etwa die «Opération Papyrus», bei der im Jahr 2018 im Kanton Genf über 1800 Menschen regulariert werden konnten. Oder auch die Initiative für städtische Ausweise, die sogenannten Citycards, die in der Stadt Zürich und in Bern den Zugang zu städtischen Dienstleistungen verbessern und den Sans-papiers ermöglichen sollen, eine Anzeige zu erstatten, wenn sie Opfer von Gewalt und Ausbeutung wurden.

LEIDEN. Gemäss einer Studie leiden ehemalige Sans-papiers weniger häufig als Sans-papiers an Mehrfacherkrankungen wie Schulterschmerzen, Nacken- und Rückenschmerzen sowie an Übergewicht. Auch psychische Erkrankungen wie Depressionen gehen mit der Regularisierung zurück. (isc)

Spaz feiert sein 20-Jahr-Jubiläum. Alle Infos zu den Aktivitäten unter: sans-papiers-zuerich.ch.



ILLUSTRATION: LAURA GONZALEZ MARTINEZ

Laura und das Foto

Letztens hat mir eine mir flüchtig bekannte Person über Social Media ihre private Nummer gesendet. Mit der Aufforderung, ich solle doch ein sexy Foto von mir schicken. Ich habe dieser Person tatsächlich ein Foto geschickt. Aber



Laura mal laut

Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

nicht von mir. Sondern eins von der schweizerischen Kriminalprävention über Sexting. Sexting bezeichnet den Austausch von persönlichen Fotos oder Videos mit sexuellem oder intimem Inhalt über elektronische Medien. Diese Praxis verbreitet sich immer mehr und kann schwerwiegende Folgen haben. Zum Beispiel, wenn das Bildmaterial an Dritte weitergegeben wird. Die Folgen können verheerend sein, das ist Stoff für Erpressung.

ANGST. Auch ist mir der Workshop der Unia über sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz sofort in den Sinn gekommen. Unerwünschte Texte und Bilder von Mitarbeitenden sind keine

Die Person forderte mich auf, ein sexy Foto von mir zu schicken.

Seltenheit. Ich habe in den letzten Jahren, vermehrt Geschichten von Frauen gehört, die sexistische Nachrichten von Arbeitskollegen und Vorgesetzten erhalten haben. Ich habe die Frauen verunsichert, verletzt und blockiert erlebt. Ich mag mich auch nicht daran erinnern, dass eine Frau das gemeldet hätte. Aus Scham, nehme ich an. Und aus Angst, den Job zu verlieren. Zu häufig wird die Glaubwürdigkeit der Opfer in Frage gestellt: Irgendwas wird sie schon gemacht haben. Der Impuls, den Täter zu schützen statt den Opfern zu glauben und sie zu unterstützen, ist immer noch sehr stark in unserem Denken verankert. Das müssen wir ändern!

SCHAM. Am feministischen Streiktag stehen wir wieder gemeinsam auf der Strasse, Tausende Menschen schreien für Gleichberechtigung und Sichtbarkeit. Tausende Menschen kämpfen gegen das patriarchale System. Denn dieses System schadet uns: zu Hause und am Arbeitsplatz. Umso wichtiger ist es, dass wir solche Angebote, wie zum Beispiel diesen Workshop der Unia, nutzen und sehen, dass wir nicht allein sind. Damit wir unsere Rechte kennen und dafür gemeinsam einstehen. Bei den Vorbereitungen zum Streik war der Satz des mehrfachen Vergewaltigungsofers Gisèle Pelicot sehr präsent: Die Scham muss die Seite wechseln. Und das wird sie.

Zum gueten Schluss: Ich glaube, meine Reaktion war ganz ok. Diese Person hatte ein Foto und ich meine Ruhe.

Raquel H. lebte als Sans-papiers in der Schweiz Ausgenutzt, verraten und vergewaltigt

Raquel H. (38) musste ihre Kinder zurücklassen, um vor der Bandengewalt in El Salvador zu fliehen. In der Schweiz erwarteten sie Missbrauch, Ausbeutung und die ständige Angst vor der Polizei. Doch mit der Aufenthaltsbewilligung hat sich das alles geändert.

Die Schweiz führte sie als letztes europäisches Land ein – und 20 Jahre Mutterschafts-Geschichte einer Zangen

Das trist rot blinkende Schlusslicht ist das Symbolbild der Schweizer Gleichstellungspolitik. Bei der Mutterschaftsversicherung dauerte es 86 Jahre vom pur lauterer Nichts zur Minimallösung. Heuer wird diese 20 Jahre alt. Und angegriffen.

CLEMENS STUDER

Dabei fing alles früh fortschrittlich an. Das Glarner Fabrikgesetz von 1864 war eine europäische Pioniertat. Auch im Hinblick auf arbeitende Frauen. Das Gesetz führte ein sechswöchiges Beschäftigungsverbot für Frauen nach der Niederkunft ein. Allerdings ohne Lohnfortzahlung oder andere Entschädigung. So wurde, was als Schutz gedacht war, zur existenziellen Bedrohung. Denn ohne Lohnersatz waren viele der schlecht entlohnten und in prekären wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen lebenden Fabrikarbeiterinnen gezwungen, das Gesetz zu umgehen und heimlich andere Arbeit anzunehmen.

EIN FREISINNIGER SIEHT DAS PROBLEM

Der freisinnige Zürcher Nationalrat Ludwig Forrer erkannte das Problem. Seine «Lex Forrer» von 1899 hätte Abhilfe schaffen sollen. Das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz sah erstmals ein Wöchnerinnengeld vor – 60 Prozent des anrechenbaren Tagesverdienstes für versicherte Frauen. Doch die stimmberechtigten Männer lehnten die Vorlage 1900 ab. Der Mutterschutz ohne finanzielle Absicherung blieb ein Bumerang für die betroffenen Frauen. Forrer zog sich vorerst zurück aus der Politik zurück – und kehrte dann als Bundesrat zurück.

1904 reichte der Bund Schweizerischer Frauenvereine mit Unterstützung verschiedener Arbeiterinnenvereine eine Petition ein. Sie forderten Lohnersatz für die Dauer des Arbeitsverbots. Wegen des Verdienstauffalls würden sich viele Frauen weigern, die Fabrik zu verlassen, oder nähmen heimlich eine andere Arbeit an, argumentierten sie. Die Petition blieb folgenlos. Das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz von 1918 brachte immerhin Pflegeleistungen für versicherte Wöchnerinnen. Doch nur wenige Frauen waren überhaupt krankenversichert.

Die Krisenjahre 1921/22 setzten dem sozialpolitischen Aufbruch nach dem Ersten Weltkrieg ein abruptes Ende. Das Parlament lehnte 1921 den Beitritt zum Abkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über Mutterschaftsschutz ab – «zu umfassend, zu teuer». In den 1920er Jahren stand die AHV im Vordergrund, die Wirtschaftsdepression der 1930er lähmte jede Initiative. Die Mutterschaftsversicherung blieb Dauerforderung der Frauorganisationen, der Gewerkschaften und der SP.

KONSERVATIVE VERRECHNEN SICH

Doch erst dank katholisch-konservativen Kreisen kam es zu einem Durchbruch. Auch wenn diese das gar nicht beabsichtigten und der Fortschritt lange nur auf dem Papier stand und von der Umsetzung ferngehalten wurde. Und so kam es dazu: Nach Rückzug der katholisch-konservativen Initiative «Für die Familie» nahmen die Schweizer Männer den Gegenvorschlag mit 76 Prozent an. Dieser schrieb die Mutterschaftsversicherung in die Bundesverfassung. Die Absicht dahinter war allerdings nicht die Gleichberechtigung, sondern die Festschreibung des reaktionären Dreiklangs «Kinder, Küche, Kirche». Bei allem, was die Frauen darüber hinaus begeherten, sahen die bürgerlichen Männer das vierte K an die Familienwohnungstür klopfen, das böse K des Kommunismus. Dass ausgerechnet dank den Konservativen die Mutterschaftsversicherung Verfassungsrang erhielt, ist eine Ironie deren Geschichte. Aber längst nicht die letzte. Immerhin dauerte es auch noch 60 Jahre, bis der Verfassung nachgelebt wurde.

DIE STEINIGEN FOLGEJAHRE

1946 ging ein erster Vorentwurf in die Vernehmlassung. Eine eigenständige Mutterschaftsversicherung mit Solidaritätskomponenten war vorgesehen. Doch der Vorentwurf wurde «zugunsten einer späteren Revision der Krankenversicherung zurückgestellt». Eine beschönigende Beschreibung für die ewige Verschiebung.

1952 weigerte sich die Schweiz erneut, das überarbeitete ILO-Übereinkommen zu unterzeichnen – zwölf Wochen Mutterschaftsurlaub waren zu viel verlangt: «zu umfassend, zu teuer». 1965 wurde die Leistungsdauer in der freiwilligen Taggeldversicherung immerhin von sechs auf zehn Wochen verlängert. Für die wenigen, die sich das leisten konnten.

DIE FEMINISTISCHE OFFENSIVE

Ende der 1970er Jahre gingen Frauorganisationen, linke Parteien und Gewerkschaften wieder in die Offensive. Die damals frisch gegründete Organisation für die Sache der Frau (Ofra) lancierte 1978 eine Volksinitiative: 16 Wochen Mutterschaftsurlaub zu 100 Prozent sowie neun Monate Eltern-

urlaub. Ein Vorschlag, der auch heute noch visionär wäre. 1984 erzielte die Initiative das zehntschlechteste Abstimmungsresultat der Schweizer Geschichte: 15,8 Prozent Ja-Stimmen. Kein einziger Kanton stimmte zu: «zu umfassend, zu teuer». Aber vor allem ging es den Gegnern und Gegnerinnen um etwas anderes. Die damalige CVP-Nationalrätin Eva Segmüller formulierte es ebenso eiskalt wie offen: «Die familienpolitischen Bestrebungen der CVP gehen nicht dahin, ausgerechnet die Erwerbstätigkeit von Müttern kleiner Kinder zu fördern.» 1987 scheiterte eine weitere Vorlage mit 71 Prozent Nein-Stimmen. Die ideologische Front gegen erwerbstätige Mütter schien unüberwindbar.

DREIFUSS MISCHT DIE KARTEN NEU

Der Frauenstreik von 1991 veränderte das politische Klima. Mit Ruth Dreifuss, der ersten Gewerkschafterin und Sozialdemokratin im Bundesrat, erhielt die Mutterschafts-

Unsere Mutterschaftsversicherung ist eine Minimallösung, erkämpft mit dem maximalen Aufwand.

versicherung eine mächtige Verfechterin. 1994 eröffnete sie die Vernehmlassung zu einem neuen Vorentwurf: 16 Wochen Mutterschaftsurlaub, 100 Prozent Lohnersatz bis 97200 Franken Jahres-

einkommen – finanziert über 0,4 Lohnprozente. Die Reaktionen der Rechten waren vorhersagbar: «zu umfassend, zu teuer». 1997 lancierte der Bundesrat eine abgeschwächte Vorlage: Erwerbersatz von 80 Prozent während 14 Wochen sowie eine einmalige Grundleistung für Mütter in bescheidenen Verhältnissen. 1998 stimmte das Parlament zu. Im Juni 1999 sagten 61,6 Prozent der Stimmberechtigten Nein. Wieder eine Niederlage. Doch diesmal war das Echo anders. Die Reaktionen zeigten, dass das Anliegen inzwischen breit abgestützt war. Vor allem in der Westschweiz bröckelte die ideologische Front.

EIN FREISINNIGER RECHNET NACH

Und dann kommt die zweite grosse Ironie der Geschichte: Gewerbeverbandschef Pierre Triponez – ein Freisinniger wie Forrer – realisiert, dass eine staatliche Lösung die Arbeitgeber entlasten kann. Statt dass jeder Betrieb individuell für schwangere Angestellte aufkommen muss, würde eine Versicherungslösung die Kosten auf alle verteilen. Triponez schlägt vor, den Mutterschaftsurlaub über die bestehende Erwerbersatzordnung zu finanzieren. Es kommt zur Allianz zwischen dem Gewerker und drei fortschrittlichen Nationalrätinnen: Jacqueline Fehr (SP), Ursula Haller (SVP) und Thérèse Meyer-Kaelin (CVP)

erarbeiten 2001 einen parteiübergreifenden Kompromiss. Noch einmal ergreift die SVP das Referendum. Doch diesmal vergeblich. 26. September 2004: 55,5 Prozent Ja-Stimmen. Nach 60 Jahren wird der Verfassungsauftrag endlich umgesetzt.

Am 1. Juli 2005 tritt die Mutterschaftsversicherung in Kraft. Es ist eine Minimallösung, erkämpft mit maximalem Aufwand: 14 Wochen, 80 Prozent Lohnersatz, nur für erwerbstätige Frauen. Kein Elternurlaub, keine Leistungen für Nichterwerbstätige. Aber immerhin: Die Schweiz war nicht mehr das letzte Land Europas ohne Mutterschaftsversicherung.

NICHTS IST SELBSTVERSTÄNDLICH

Heute steht die Schweiz im europäischen Vergleich immer noch schlecht da. Frankreich gewährt 16 Wochen, Deutschland bis zu einem Jahr bezahlte Elternzeit, Schweden sogar 480 Tage. Die Schweiz blieb bei ihrer Minimallösung. Immerhin: 2021 kam der zweiwöchige Vaterschaftsurlaub dazu. Nach jahrzehntelangem Kampf für eine Selbstverständlichkeit. Vorher bekam ein Vater bei der Geburt seines Kindes gesetzlich gleich viel Urlaub wie beim Zügeln: einen Tag.

Dabei liegen konkrete Vorstösse auf dem Tisch: 36 Wochen Elternzeit, verteilt auf Mutter und Vater. Investitionen in flächendeckende, qualitativ hochwertige und bezahlbare Kitas. Modelle, wie sie etwa in Island, Schweden oder Portugal längst Realität sind. Doch bei der rechten Mehrheit im Parlament heisst es immer noch: «zu umfassend, zu teuer».

VORWÄRTS IN DIE VERGANGENHEIT

Von der «göttlichen Ordnung» redet zwar öffentlich kaum mehr einer, dafür warnen junge Freisinnige vor einem «Nannystaat statt Bürgerstaat», also vor der völligen Bevormundung durch «den Staat». Und SVPler sehen «Gendersozialismus» am Werk. Arbeitgeberverbände warnen – wie seit Jahrzehnten – vor einer flächendeckenden Konkurswelle, und besonders Schlaue orakeln: «Mehr Elternzeit würde nur zu mehr Teilzeit und weniger Wohlstand führen.» Und die rechte Mehrheit in der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats beschloss unlängst, dass statt einer brauchbaren Elternzeit doch gefälliger die Frauen früher wieder arbeiten gehen sollen, wenn Väter unbedingt länger als zwei Wochen beim Neugeborenen bleiben wollen. 60 Jahre dauerte es vom Verfassungsgrundsatz zur Mutterschaftsversicherung bis zur Umsetzung, 20 Jahre ist sie in Kraft. Und wird bereits wieder von rechts angegriffen.

Das trist rot blinkende Schlusslicht bleibt das Symbolbild der Schweizer Gleichstellungspolitik.

Bürgerliche greifen sie schon wieder an versicherung: geburt



DIE KAMPAGNE, DIE DEN ERFOLG BRACHT: 2004 hat die Stimmbewölkerung den Mutterschaftsurlaub angenommen. FOTO: SCHWEIZERISCHES SOZIALARCHIV



BIO-NACHHILFE FÜR DIE BÜRGERLICHEN

Das Trauerspiel in der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit vom 23. Mai endete mit einem 15 zu 9. Ein eindeutiger Sieg für den Rückschritt in diesem Land. 15 Volksvertreterinnen und -vertreter im Nationalrat finden es eine gute Idee, den Müttern ihren hart errungenen Mutterschaftsurlaub wieder zu entreissen. Das Ganze unter dem Deckmäntelchen der Flexibilisierung, bekanntlich einem Synonym für: Die Arbeitgeber können machen, was sie wollen.

FAKE UND FALSCH. Noch schlimmer: Die Vorlage läuft unter dem Namen Elternzeit, ein klarer Fall von Fake! Denn mit einer fortschrittlichen Elternzeit hat es rein gar nichts zu tun, wenn Mütter 8 Wochen nach der Geburt wieder arbeiten sollen. Aber genauso preist FDP-

Was für eine verquere Vorstellung von moderner Freiheit. Nationalrat Andri Silberschmidt die Abbau-Vorlage an. Ausgerechnet er, der eben selbst Papi geworden ist. Bei ihm

klings das dann so: «Als frischgebackener Vater wird mir immer deutlicher: Es ist Zeit für eine moderne, liberale Familienpolitik.» Und weiter: «Die Eltern brauchen viel mehr Freiheit in der Gestaltung des Urlaubes.» Was für eine verquere Vorstellung von moderner Freiheit. Fortschrittlich wären mindestens je 18 Wochen für Mütter und für Väter, wie es ein aktueller Vorstoss fordert.

HEILUNG UND HORMONE. Und was für eine seltsame Vorstellung von Gleichberechtigung. Vielleicht hat Silberschmidt der Hebamme nicht so genau zugehört. Denn ja, selbstverständlich können Väter auch bei Neugeborenen eine zentrale und wichtige Rolle übernehmen. Aber nein, Vater sein und Mutter sein ist nicht das Gleiche, da gibt es ja bekanntlich den kleinen Unterschied. Und der wirkt sich nach einer Geburt ungefähr so aus: Die Heilung der Geburtswunden dauert mindestens 8 Wochen, mindestens! Bei einem Kaiserschnitt sind es 12 Wochen. Nach 6 Monaten funktioniert die Bauchmuskulatur wieder, der Beckenboden erst nach 6 bis 9 Monaten. Von hormonellen Umstellungen und möglichen Stillkomplikationen ganz zu schweigen. So viel zur Biologie.

ANGRIFF ODER AUSRUTSCHER. Bleibt zu hoffen, dass der Entscheid der Kommission ein Ausrutscher war. Und nicht ein Zeichen dafür, dass das weltweite und in seiner perfiden Vorsätzlichkeit neuartige Phänomen der gezielten Angriffe auf die Rechte der Frauen auch in der Schweiz angekommen ist.

CHRONOLOGIE EINFÜHRUNG DER MUTTERSCHAFTSSCHUTZVERSICHERUNG

<p>1877</p> <p>ERSTES EIDGENÖSSISCHES FABRIKGESETZ Das erste eidgenössische Fabrikgesetz erlässt ein Arbeitsverbot für Schwangere und Wöchnerinnen von insgesamt 8 Wochen (mindestens 6 nach der Geburt). Ein Lohnersatz ist aber nicht vorgesehen.</p>	<p>1899</p> <p>nerinnen neben dem Schutz für den Krankheitsfall (Pflegeleistungen und ein Krankentaggeld in der Höhe von 60 Prozent des anrechenbaren Tagesverdienstes) den Anspruch auf ein Wöchnerinnengeld vor. Der Versicherungsschutz ist für die Arbeitnehmerinnen bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze obligatorisch.</p>	<p>1900</p> <p>Johann Ludwig Forrer.</p>	<p>1904</p> <p>tionen verlangen vom Bundesrat unter anderem Lohnersatz für die Dauer des Arbeitsverbots bei Mutterschaft. Wegen des Verdienstauffalls, argumentieren sie, würden sich viele Frauen weigern, die Fabrik zu verlassen, oder nähmen heimlich eine andere Arbeit an.</p>	<p>1912/18</p> <p>fälliges Krankenversicherungsobligatorium den Kantonen und Gemeinden. Artikel 14 stellt das Wochenbett einer versicherten Krankheit gleich. Jede versicherte Frau hat damit Anspruch auf mindestens 6 Wochen Pflegeleistungen nach der Geburt.</p>	<p>1918</p> <p>IN DER BUNDESVERFASSUNG VERANKERT Der Auftrag zur Schaffung einer Mutterschaftsversicherung wird in der Bundesverfassung verankert. Nach dem Rückzug der 1941 von den Katholisch-Konservativen lancierten Volksinitiative «Für die Familie» wird der bundesrätliche Gegenvorschlag zu einem Familienschutzartikel mit 76 Prozent Ja-Stimmen angenommen.</p>	<p>1974</p> <p>sicherung» wird verworfen. Inhalt: allgemeines Versicherungsobligatorium, volle Pflegeleistungen bei Mutterschaft und während des Mutterschaftsurlaubs ein Taggeld von mindestens 80 Prozent des bisherigen Lohns.</p>	<p>1984</p> <p>NEIN ZUR INITIATIVE «FÜR EINEN BESSEREN SCHUTZ DER MUTTERSCHAFT» Am 2. Dezember wird die Volksinitiative «Für einen besseren Schutz der Mutterschaft» mit 84 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Der geforderte Elternurlaub von 9 Monaten dürfte ein wichtiger Grund für die Ablehnung gewesen sein.</p>	<p>1987</p> <p>einer Referendumsabstimmung mit 71 Prozent Nein-Stimmen vom Volk abgelehnt. Bekämpft wurde vor allem das Taggeld für nicht-erwerbstätige Mütter und der verlängerte Kündigungsschutz.</p>	<p>1999</p> <p>DER DURCHBRUCH Das Stimmvolk nimmt den von Gewerklern und Feministinnen angestossenen Kompromiss an. Mit 55,5 Prozent Ja-Stimmen.</p>	<p>2004</p> <p>DER DURCHBRUCH Das Stimmvolk nimmt den von Gewerklern und Feministinnen angestossenen Kompromiss an. Mit 55,5 Prozent Ja-Stimmen.</p>	<p>2020</p> <p>Elternzeit jetzt! Zuerst von den Eltern (bei einer Arbeitslosenquote von 10,5%)</p>	<p>2025</p> <p>ENDLICH ELTERNZEIT? Die SGB-Frauen verabschiedeten bereits 2021 eine Resolution für 24 Wochen Urlaub je Elternteil. Seit April sammelt eine breite Allianz Unterschriften für die Familienzeit-Initiative und 18 Wochen Elternzeit je Elternteil: familien-zeit.ch.</p>
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

FOTO: SOZIALARCHIV (2) / WIKIPEDIA / HIST. LEXIKON DER SCHWEIZ, HLS / ZVG (3)

Grossen scheitert Der grosse Uber-Flop

Das Parlament hält – wenn auch knapp – an der bewährten Unterscheidung zwischen Lohnabhängigen und Selbständigen fest. Ein Vorstoss von GLP-Präsident Jürg Grossen, der im Interesse von Uber & Co. Scheinselbständigkeit legalisieren wollte, wurde versenkt.

CLEMENS STUDER

Das Geschäftsmodell von Plattformunternehmen wie Uber basiert darauf, Arbeitsrecht und Sozialversicherungspflicht zu umgehen – weltweit. Ein Teil ihrer Profite fliesst deshalb in die politische Einflussnahme. Ziel: Gesetze nach eigenem Gusto gestalten.

In der EU mussten Uber & Co. kürzlich eine Niederlage einstecken. Nach massivem



POLITIK FÜR KONZERNE: GLP-Präsident Jürg Grossen. FOTO: KEYSTONE

gewerkschaftlichem Druck wurde eine Plattformrichtlinie beschlossen, die Plattformfirmen automatisch als Arbeitgeberinnen behandelt – mit entsprechenden Schutzrechten für Arbeitende.

UBER-FREUNDE

In der Schweiz dagegen versuchte Jürg Grossen mit seinem Vorstoss unter dem schönen Titel «Selbständigkeit ermöglichen», das Gegenteil zu erreichen: Wer scheinselbständig ist, soll das auf Wunsch auch bleiben dürfen – ein Freipass für Lohndumping. Denn solche «Wünsche» entstehen selten freiwillig, sondern aus Abhängigkeit.

Wäre dieser Trick durchgekommen, hätte das dramatische Konsequenzen gehabt: Wegfall von AHV-Beiträgen, keine Lohnfortzahlung bei Krankheit, keine bezahlten Ferien, kein Unfallversicherungsschutz – nicht nur für Uber-Fahrer, sondern auch für Coiffeusen, Maler oder Reinigungskräfte, die künftig als «Auftragnehmende» gelten würden.

BESSERE KONTROLLEN

Der Widerstand gegen diesen Frontalangriff war breit: Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Kantone, der Bundesrat – sie alle warnten. Auch Arbeitgeber, die sich an Regeln halten, wären unter Druck geraten. Das brachte auch Teile der rechten und bürgerlichen Fraktionen zur Vernunft: Mit 93 zu 88 Stimmen trat der Nationalrat gar nicht erst auf das Geschäft ein. Totalschaden für Uber-Grossen. Und ein starkes Zeichen – das geltende Regelwerk bleibt bestehen. Es stellt auf objektive Kriterien ab wie wirtschaftliche Abhängigkeit, Weisungsgebundenheit und Eingliederung in eine Organisation. Diese Praxis funktioniert – wenn sie durchgesetzt wird.

Sogar Teile der Rechten kamen zur Vernunft.

Doch genau hier hapert es noch. Die Versenkung des Grossen-Vorstosses ist nur ein Etappensieg. In der Plattformökonomie und im Dienstleistungssektor nimmt Scheinselbständigkeit weiter zu – ebenso in den komplexen Subunternehmerketten der Bauwirtschaft.

Die Gewerkschaften fordern deshalb:

- Umkehr der Beweislast: Unternehmen sollen nachweisen müssen, dass Arbeitende wirklich selbständig sind.
- Kollektive Klärung durch Gewerkschaften, ob Arbeitsverhältnisse vorliegen – statt individueller Verfahren.
- Verantwortung für Sozial- und Arbeitsrechte entlang der gesamten Subunternehmerkette – wie es im Entsenderecht teilweise bereits vorgesehen ist.

Mehr zum Thema und was die Gewerkschafter und Politikerinnen zum abgewehrten Angriff von Uber-Grossen sagen: workzeitung.ch/sieg-gegen-uber.

Roland A. Müller schickt Vollzeitarbeitende aufs Sozialamt

Arbeitgeber-Boss kämpft für Hungerlöhne

Dreistig- oder Ehrlichkeit? Arbeitgeberverbands-Direktor Roland A. Müller sagt in der Parlamentskommission: Löhne zum Leben sind nicht Aufgabe der Arbeitgeber. Tieflohner sollen aufs Sozialamt. Auch bei einem 100-Prozent-Job.

CLEMENS STUDER

Arbeitgeber zahlen grundsätzlich nicht so gerne Löhne. Lieber zahlen sie Dividenden an die Kapitalbesitzer. Dividenden sind – nur leicht verkürzt – im Grundsatz vorenthaltene Löhne. Die höchsten Löhne kassieren jene Abzockermanager, die für ihre Kapitalgeberinnen am meisten Profit herauschlagen.

Besonders perfide ist, wenn Arbeitgeber den Lohnabhängigen so wenig ausbezahlen, dass diese auf das Sozialamt gehen müssen, um überleben zu können. Dann finanziert die Allgemeinheit den Profit der Firmenbesitzer.

MINDESTLÖHNE FUNKTIONIEREN

Das geht nicht, findet das Bundesgericht und hat darum den Kantonen das Recht zugesprochen, aus sozialpolitischen Gründen Mindestlöhne zu erlassen. Diese bewegen sich im Rahmen des Existenzminimums der Sozialhilfe.

Dann finanziert die Allgemeinheit den Profit der Chefs.

Wer einen 100-Prozent-Job hat, soll davon leben können und nicht auf Sozialhilfe angewiesen sein. 2014 argumentierten die Gegner eines nationalen Mindestlohns, man könne nicht überall die gleichen Löhne zahlen, nicht der Tessinerin geben, was der Zürcher bekommt. Genau deshalb schufen einige Kantone bereits lokale Lösungen – die funktionieren. Sie funktionieren, weil Mindestlöhne funktionieren. In der Schweiz und in der Welt, wie alle seriösen Studien zeigen.

BUNDESDIKTAT

Jetzt, wo kantonale und auch städtische Mindestlöhne immer häufiger beim Volk Anklang



LOHNVERWEIGERER ROLAND A. MÜLLER: «Ein rein existenzsichernder Lohn ist nicht die Aufgabe der Arbeitgeber.» FOTO: KEYSTONE

finden und die Arbeitgeberverbände sie auf dem Gerichtsweg meist nur verzögern, aber nicht verhindern können, haben sie ihre Taktik geändert.

Zum ersten Mal in der Geschichte will die rechte Parlamentsmehrheit per Gesetz die Löhne von Tausenden von Arbeitnehmenden in Tieflohnbranchen senken. Am 17. Juni plant der Nationalrat, mit der Annahme der Umsetzung einer Motion von Mitte-Ständerat Erich Ettl in die kantonalen Mindestlöhne durch tiefere GAV-Löhne zu übersteuern. Dieses Bundesdiktat will nicht einmal der Bundesrat.

PURE VERACHTUNG

Am entschlossensten gegen dieses Lohnsenkungsgesetz kämpfen die Gewerkschaften. An einer Medienkonferenz sagte SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard am 27. Mai zur Motion Ettl: «Unsere Verfassung und ihre Grundsätze werden mit Füßen getreten, um Löhne von Coiffeusen oder Angestellten in der Gastronomie zu senken. Diese hart arbeitenden Men-

schen haben diese Verachtung nicht verdient.» (work berichtete: workzeitung.ch/motion-ettlin)

Wie abschätzig und zynisch Arbeitgeberfunktionäre tatsächlich über hart arbeitende Geringverdienende denken, enthüllte wenige Tage später der «Blick», der sich das Protokoll eines Auftritts von Arbeitgeberdirektor Roland A. Müller vor der Wirtschaftskommission des Nationalrates vom vergangenen März beschaffen konnte. Müller findet: «Ein rein existenzsichernder Lohn ist nicht die Aufgabe der Arbeitgeber.» Und: «Irgendwo hört es auf. Da muss dann schliesslich die Sozialhilfe einspringen.»

REFERENDUM SICHER

Genau gegen diese zynische und dreiste neoliberale Arbeitgeberlogik kämpfen die Gewerkschaften. Wenn's sein muss, auch an der Urne. Denn sollte die rechte Mehrheit im Parlament tatsächlich Ja sagen zum Lohnsenkungsgesetz und damit Tausende Vollarbeitende wieder aufs Sozialamt schicken wollen, ist das Referendum sicher: Wer arbeitet, muss von seinem Lohn leben können.

Weltweit anerkanntes Qualitäts-Zertifikat EFQM

4 Sterne für die Arbeitslosenkasse der Unia

Die Arbeitslosenkasse der Unia hat sich deutlich verbessert. Deshalb erhält sie einen vierten Stern im EFQM-Qualitätsmodell.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Seit 2019 nimmt die Unia-Arbeitslosenkasse am Anerkennungsprogramm der EFQM (European Foundation for Quality Management) teil. Das EFQM-Modell ist ein weltweit anerkanntes Qualitätsmanagement-System, das die Leistung von Unternehmen und Non-Profit-Organisationen bewertet. Dazu werden die Aspekte Menschen, Prozesse und Ergebnisse berücksichtigt.

DURCHGEPRÜFT

Die «Swiss Association for Quality» (SAQ) hat die Unia-Arbeitslosenkasse im April dieses Jahres während dreier Tage auf Herz und Nieren geprüft. Dabei hat sie Interviews mit Dutzenden Personen geführt und untersucht, ob die Unia-Arbeitslosenkasse den hohen Anforderungen des EFQM

entspricht. Und sie kam zum Schluss: Die Unia Arbeitslosenkasse hat sich sogar deutlich verbessert. Deshalb erhält sie einen vierten Stern.

WETTBEWERBSSTÄRKE

Bereits im Jahr 2022 hat die Unia-Arbeitslosenkasse nach einem zweijährigen Prozess drei Sterne erhalten. Jedes Jahr beteiligen sich in der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein bis zu dreissig Organisationen am Anerkennungsprogramm der EFQM, um ihre Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsstärke aufzubauen, zu erhalten und zu steigern. Die EFQM-Anerkennung bietet Orientierung sowie Bewertungs- und Vergleichsmöglichkeiten der unternehmerischen Leistung.

DIE GRÖSSTE KASSE

Die Arbeitslosenkasse der Unia ist die einzige Arbeitslosenkasse der Schweiz, die EFQM-zertifiziert ist. Und sie ist die grösste



SPITZENKLASSE: Die Unia-Arbeitslosenkasse hat sich gesteigert und den vierten Stern geholt. FOTO: UNIA

Arbeitslosenkasse im Land und hat einen Marktanteil von 28 Prozent. Sie ist mit über 70 Zahlstellen in der ganzen Schweiz vertreten. Sie ist offen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – ob Unia-Mitglieder oder nicht.

Geld für Arbeitslose: Dank den Gewerkschaften

Die ersten Arbeitslosenkassen wurden Ende des 19. Jahrhunderts von Gewerkschaften gegründet. Deshalb waren zunächst nur Gewerkschaftsmitglieder versichert. In den 1930er Jahren folgten die ersten kantonalen Gesetze zur Arbeitslosenversicherung und damit auch die ersten öffentlichen paritätischen Kassen. Zehn Jahre später wurde der Ausgleichfonds auf eidgenössischer Ebene als Kompromiss von Staat, Arbeitgebern und Gewerkschaften gegründet.

OBLIGATORISCH: Arbeitnehmende waren jedoch nicht obligatorisch versichert. Erst 1977 folgte der obligatorische Beitritt für nahezu alle Beschäftigten. 1982 trat das Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung (AVIG) in Kraft. (asz)



Stromabkommen mit EU ist unnötig und gefährlich Die Marktradikalen schon wieder stoppen

Die Gewerkschaften sagen Nein zum Stromabkommen mit der EU. Aus guten Gründen. Wie bereits vor rund 20 Jahren, als sie als einzige relevante Kraft das Referendum ergriffen.

CLEMENS STUDER

Kleinkinder, die eine heisse Herdplatte anfassen, tun das nur einmal. So sagt der schwarzpädagogische Volksmund. Marktradikale Ideologen und ihre Gläubigen sind weit weniger lernfähig. Jetzt gerade zu beobachten beim geplanten Stromabkommen mit der EU.

Die sogenannte Liberalisierung des Strommarktes ist ein Lieblingskind der Wirtschaftsverbände und der rechten Parteien. Immer und immer wieder brachten und bringen sie diese aufs Tapet. Zum Glück in der Schweiz nur teilweise erfolgreich. Dank den Gewerkschaften.

ALTE VERSPRECHEN

Nur wer mehr als 100 000 Kilowattstunden Strom pro Jahr verbraucht, kann sich auf dem freien Markt eindecken. Unter dem heroischen Motto «Einmal frei, immer frei» stürzten sich rund 23 000 Firmen in das Stromcasino. Einige Gewerbler und Wirte liessen ihre grössten stromfressenden Maschinen dem Vernehmen nach sogar «leer» laufen, um auf den für die «Freiheit» nötigen Verbrauch zu kommen. Getrieben von ihren Verbandsfunktionären, gelockt von den Sparversprechen der

Stromkonzerne und ihrer Politikerinnen und Politiker.

ALLES VERGESSEN?

Und dann überfiel Russland die Ukraine – und die Strompreise explodierten. Wie diese «Marktlogik» funktioniert und warum der überwältigende Teil des Stromhandels ein gigantisches Zockerparadies ist, steht im Artikel unten. Besonders betroffen waren jene Gewerbler, die sich in den freien Markt locken liessen. Und ausgerechnet der Gewerbeverband, der seit Jahren auf eine totale Marktöffnung drängte, wollte seine Mitglieder jetzt wieder in den doch so verpönten regulierten Markt holen. Natürlich entschädigungslos.

Dass es diesen regulierten Markt überhaupt noch gibt, ist den Gewerkschaften zu verdanken. Sie bekämpften in einer jahrelangen Kampagne die Liberalisierung des Strommarktes, noch bevor konkrete Gesetzesprojekte vorlagen. Durch die Kombination von wissenschaftlichen Studien, öffentlichen Kampagnen und parlamentarischen Lobbying legten die Gewerkschaften die Grundlagen für das erfolgreiche Referendum gegen das EMG im Jahr 2002. Damals wie heute waren die Bundeshausfraktionen der SP und der Grünen unsichere Kantonistinnen und liessen sich von den Versprechen der Marktradikalen verführen. Die SP-Basis fing ihre Parlamentarierinnen und Parlamentarier dann wieder ein, und die Partei kämpfte an der Seite der Gewerkschaften erfolgreich für ein Nein am 22. September 2002.

Marktradikale sind weit weniger lernfähig als Kleinkinder.

Axpo: Die Zockerbude mit dem Uralt-AKW

Der Energiekonzern Axpo steht exemplarisch für die Auswüchse des sogenannten freien Strommarktes. Die Axpo-Gruppe gehört zu hundert Prozent den Nordostschweizer Kantonen. Ihr Zweck ist laut Statuten, für eine «sichere und preisgünstige Stromversorgung» zu sorgen. Doch das kümmert die Axpo-Manager und ihre rechtsbürgerlich regierten Besitzerinnen wenig. In den vergangenen Jahren ist Axpo zu einer Zockerbude mit angeschlossener Stromproduktion verkommen. Nur noch ein kleiner Teil des Umsatzes erzielt sie mit

der Erzeugung von Strom, unter anderem mit Beznau, dem ältesten AKW der Welt. Der Rest ist Spekulation im internationalen Energiecasino.

PURE SPEKULATION. Der nützliche Teil der Strombörse ist der sogenannte Spot-Markt für Strom, der kurzfristig gebraucht und geliefert wird. Er trägt länderübergreifend zur Stabilisierung der Netze bei und gleicht Schwankungen aus. Er ist sinnvoll – und für Zocker langweilig. Sie tummeln sich lieber auf dem Termin-Markt. Hier wird

Strom über Monate und Jahre oder gar Jahrzehnte im voraus gekauft und verkauft. Es ist ein pures Spekulationsgeschäft. Doch die Zockerei hat ihren Preis. Wer an der Strombörse spekuliert, muss Sicherheiten hinterlegen. Das funktioniert vereinfacht so: Ein Stromproduzent oder -händler verspricht, zu einem bestimmten Zeitpunkt eine bestimmte Menge Strom zu liefern. Für den dafür vereinbarten Preis muss der Anbieter eine Art Depot hinterlegen. Die Idee dahinter: Liefert ein Stromanbieter nicht, soll die Stromkäuferin den ver-

sprochenen Strom auf dem Markt einkaufen können, zulasten des ausgefallenen Produzenten. Das bedeutet: je höher der vereinbarte Preis, desto höher ist das Depot.

Das kann gutgehen. Oder auch nicht. So wie 2022, als sich die Axpo in einem Ausmass in die Zockerei gestürzt hatte, dass ihr das flüssige Geld auszugehen drohte und die Steuerzahlenden mit einer Milliardengarantie einspringen mussten. Folgen für die fürstlich bezahlten Strommanagerinnen und -manager hatte das keine.

CLEMENS STUDER

FlaM-Bericht Die Kantone schlampfen

Die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit nützen. Wenn sie kontrolliert werden. Doch viele Kantone weigern sich oder sind zu faul.

CLEMENS STUDER

Die Personenfreizügigkeit mit starken flankierenden Massnahmen ist im Interesse aller Lohnabhängigen. Doch die FlaM müssen auch kontrolliert werden. Überall, wo kontrolliert wird, werden Verstösse aufgedeckt, wie auch der neuste FlaM-Bericht des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) wieder zeigt. Ein Dauerärgernis sind jene Kantone, die – zum Teil auch politisch gewollt – die FlaM nicht richtig umsetzen.

2024 kontrollierten die Behörden rund 140 000 Löhne bei schweizerischen und ausländischen Arbeitgebern. In fast jedem fünften Betrieb entdeckten sie zu tiefe Löhne oder Scheinselbständigkeit. In GAV-Branchen zahlen sogar 31 Prozent der kontrollierten Betriebe zu wenig. In Branchen ohne GAV setzen einzelne Kantone die Massstäbe für orts-



ZUSAMMENARBEIT MIT DER EU: Aber nur, wenn der Lohnschutz stimmt. FOTO: ADOBE STOCK

und branchenübliche Löhne zu tief an – Dumpinglöhne kommen so durch die Kontrollen.

SCHWEIZER ZAHLEN NICHT

In Branchen mit allgemeinverbindlichen Gesamt- oder Normalarbeitsverträgen (NAV) müssen fehlbare Arbeitgeber Löhne nachzahlen. In anderen Branchen werden sie nur in «Verständigungsverfahren» zur Anpassung aufgefordert. Während neun von zehn Entsendebetrieben mit zu tiefen Löhnen diese anpassen, weigert sich die Hälfte der fehlbaren Schweizer Arbeitgeber, korrekte Löhne zu zahlen. Das Gesetz verlangt bei wiederholtem Lohndumping NAV-Mindestlöhne – das passiert aber selten. Tessin und Genf setzen die Gesetze gewissenhaft um: Sie kontrollieren regelmässig (alle vier beziehungsweise zehn Jahre) und erlassen NAV-Mindestlöhne.

FAULE KANTONE

Die meisten anderen Kantone kontrollieren Schweizer Arbeitgeber ohne allgemeinverbindliche GAV oder NAV im

Fast jeder fünfte Betrieb zahlt zu tiefe Löhne.

Schnitt nur alle 26 Jahre. Kantone wie Zürich, Basel oder Freiburg stellen zwar viele Verstösse fest, ergreifen aber keine Massnahmen. Noch schlimmer: Zug, Wallis, Bern, Solothurn und Thurgau kontrollieren nur alle 158, 150, 60, 56 beziehungsweise 45 Jahre.

BILATERALE III

Der Bericht zeigt: Die flankierenden Massnahmen sind wichtig, eine Schwächung des Lohnschutzes wäre fatal. Die Bilateralen III schwächen diese. Darum haben die Gewerkschaften energisch für innenpolitische Massnahmen zur Absicherung des Lohnschutzes gekämpft und einiges erreicht. Der Bundesrat hat ein Massnahmenpaket ins Parlament geschickt. Die Gewerkschaften werden ihre endgültige Position zum EU-Abkommen erst festlegen, wenn der Text vorliegt und die parlamentarische Behandlung der innenpolitischen Massnahmen abgeschlossen ist. Die Vertragstexte sollte der Bundesrat am 13. oder 20. Juni veröffentlichen. Danach ist das Parlament an der Reihe.

Annemarie Schwarzenbach (1908 – 1942) und Ella Maillart (1903 – 1997): Unesco würdigt die Pionierinnen des Reisetagebuchs

Hit the road: Zwei Frauen, ein Ford und eine Fotokamera



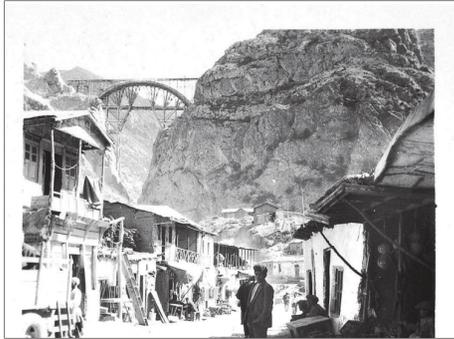
Persien



OHNE FRAUEN KEIN PAFFEN: Tabakarbeiterinnen spielten in den Tabakfabriken in Persien eine wichtige Rolle.



HISTORISCHES BAUWERK: Die armenische Kathedrale in Djulfa bei Isfahan in Zentralpersien.



ÜBER DIESE BRÜCKE MUSST DU GEHEN: Eine Siedlung im persischen Firuskuh am Fusse des Elburs-Gebirges.



ZWEI FRAUEN UND IHR FORD: Annemarie Schwarzenbach (l.) und Ella Maillart gehen auf grosse Reise.

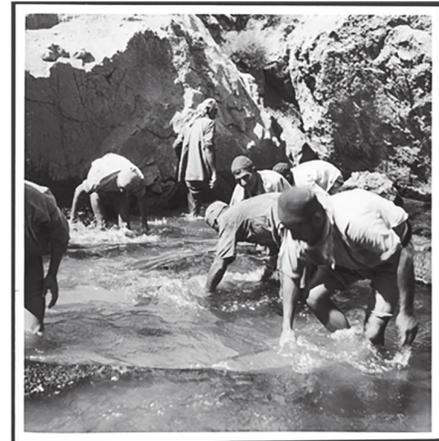
Landschaften, Menschen, Abenteuer in einem Spiel aus Licht und Schatten: mit ihren Fotoreportagen revolutionierten Annemarie Schwarzenbach und Ella Maillart das bis dahin von Männern dominierte Genre des Reisetagebuchs. Die Unesco hat ihr Werk jetzt ins Weltdokumentenerbe aufgenommen.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN | FOTOS SCHWEIZERISCHES LITERATURARCHIV
Es ist das Jahr 1939. In Europa tobt der Faschismus. Auch deshalb machen sich Annemarie Schwarzenbach und Ella Maillart auf den Weg. Ihr Ziel: Afghanistan. Ihr treuer Gefährte: ein Ford Roadster. Mit ihren Reiseberichten in den bedeutendsten Zeitungen und Illustrierten drängen sie tief in neues Territorium vor – ist doch das Genre des Reisetagebuchs den Männern vorbehalten. Die Reaktionen lassen nicht auf sich warten. Wie denn das gehe: «Zwei Frauen allein unterwegs!» Doch es geht – «ohne Boy und Chauffeur, ja sogar ohne Gentleman». «Wir besaßen keine eiskühlten Bierflaschen, keine Schusswaffen, wir verstanden kaum einige Brocken Persisch.»

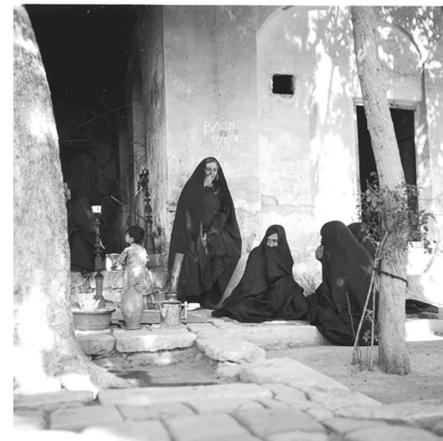
REBELLIN
Annemarie Schwarzenbach führte ein schillerndes bis tragisches Leben. Sie war Autorin, Journalistin, Fotografin, Historikerin mit Dokortitel, Morphinabhängig, Ikone der Lesbenbewegung. Rebellen gegen ihre schwerkranke Familie: die Mutter Nazifreundin, deren Vater wiederum General Ulrich Wille, der 1918 auf Arbeiter im Landesstreik schiessen liess. Ihr Cousin James Schwarzenbach, ebenfalls Nazifreund und geistiger Vater der zutiefst fremdenfeindlichen «Schwarzenbach-Initiative». Schon als Kind rebellierte sie gegen Normen: nannte sich Fritz, spielte mit ihrer Androgynität. Als Ausweg aus den familiären Zwängen heiratete sie den offenen homosexuell lebenden Diplomaten Claude Clarac. Als Antifaschistin freundete sie sich mit Klaus Mann und seiner Schwester Erika an.
Freiheit suchte Annemarie Schwarzenbach auch im Reisen. Nebst ihrer Tour nach Afghanistan bereiste sie Russland, Nordafrika, die USA, Belgisch-Kongo – den Finger stets am Auslöser. Freiheit suchte sie wohl auch im Morphin-Rausch. Ihr Leben endete bereits mit 34 Jahren, nach einem Sturz vom Velo. Doch schon vorher war sie angeschlagen – Drogenentzug, Depression, Suizidversuch, psychiatrische Klinik, Fehlbehandlung mit Elektroschocks. Lange war Annemarie Schwarzenbach vergessen. Erst 1987 entdeckte man zufällig ihren künstlerischen Nachlass in einem Schweizer Archiv.



EINE FRAU AUF REISEN: Annemarie Schwarzenbach mit ihrer Kamera.



MÄNNER, AN DIE ARBEIT: Persische Teppichwäscher in einer Felsquelle bei Teheran.

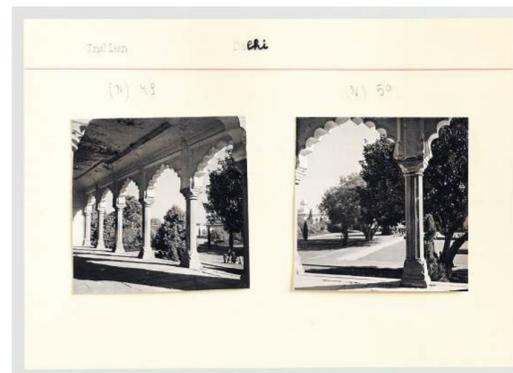


SCHATTENPLÄTZE SIND BEGEHRT: Frauen aus Schiras in der Einsiedelung eines Derwishes.

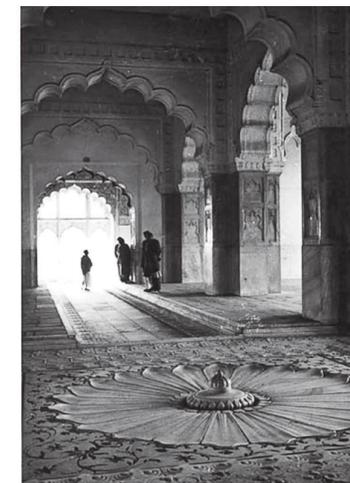


MIT VEREINTEN KRÄFTEN IN MOSUL (IRAK): Wo Brücken fehlen, braucht es willige Helfer.

Indien



DER PERFERTE LICHTEINFALL: Die verschnörkelten Bauwerke in Indien haben es der Fotografin angetan.

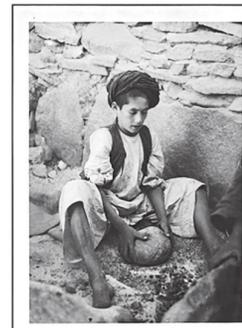


BEEINDRUCKEND: Die indische Hauptstadt Delhi besticht durch ihre architektonischen Werke.

Afghanistan



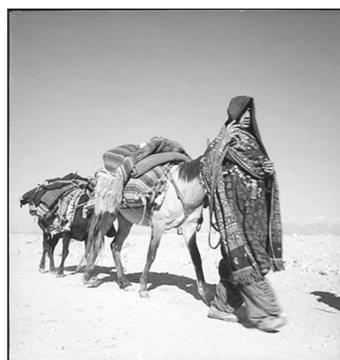
AUS DEM ALBUM: «Die Frauen sind scheu» und «Schmuck und Amulette» hat die Fotografin zu diesen Aufnahmen aus Afghanistan notiert.



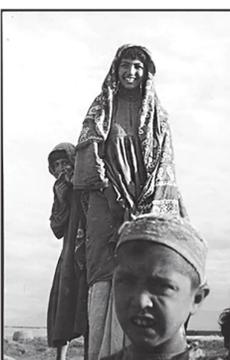
IM TÖPFERDORF ISTALIF: Ein afghanischer Jungling zermahlt Glasursteine.



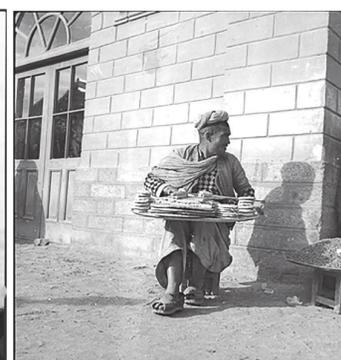
CHIC CHIC: Kinder in Tash Kurgan, dem Norden Afghanistans, am Fuss des Hindukusch und nur wenige Stunden von der russischen Grenze entfernt.



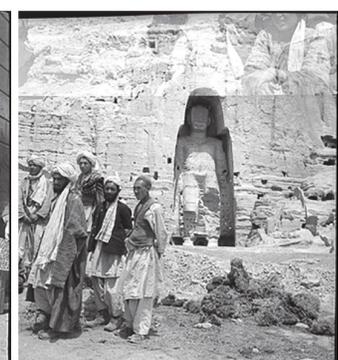
DIE WÜSTE LEBT: Eine Afghanin zieht mit ihren Pferden durch Jalalabad.



BITTE LÄCHELN: Afghanisches Mädchen in einem Wüstendorf.



EN GUETE: Fladenbrotverkäufer preist seine Ware in Kabul an.



BEKANNTES BAUWERK: Die riesige Buddha-Statue von Bamiyan wurde 2001 von den Taliban zerstört.



PASSPORT, PLEASE: Mit dem Ford an der Grenze zu Britisch-Indien in Torkham.



FESTMAHL: Frauen und Kinder beim Essen im afghanischen Kaisar. Wie die Fotografin in ihren Notizen festhält, tun sie dies «auf dem Teppich und nutzen dazu Ihre Finger».

PIONIERIN
Mit ihrer Freundin Ella Maillart aus Genf hatte sie vor allem das reiche Elternhaus gemein. Ansonsten war Maillart aus anderem Holz geschnitten: Als begeisterte Sportlerin gründete sie bereits mit 16 Jahren den ersten Frauen-Feldhockeyverein in der Westschweiz. Mit einem Frauenteam segelte sie mehrmals über das Mittelmeer. Bei den Regatten der Olympischen Spiele in Paris 1924 war sie die einzige Frau und jüngste Athletin, die einen Einheitsklassensegler steuerte. Und sie vertrat die Schweiz bei den alpinen Skiweltmeisterschaften.
Die beiden Abenteuerinnen zeigen die Welt aus einer feministischen Perspektive. Immer auch aus einem sozialkritischen Winkel. Ihr Leben und ihr Schaffen zeugen von modernen, eigenwilligen Frauen.
eigenwilligen Frauen und ihrem immensen Interesse für Menschen, Kulturen und Landschaften. Sie veranschaulichen Mut, Emanzipation und den unerschütterlichen Willen, Grenzen auszuloten, geographische und gesellschaftliche.
Jetzt hat die Unesco ihr Werk in das Register des Weltdokumentenerbes aufgenommen, dem «Memory of the World». Zeitgleich mit den Nachlässen von Charles Darwin, dem Begründer der Evolutionslehre, und dem Philosophen Friedrich Nietzsche sowie den Dokumenten der Genfer Konventionen.

Vorarbeiterin Alischa Fährdrich stürmt eine Männerbastion

Traumberuf: Diese Frau brennt für den Bau



Nur wenige Frauen machen die Maurerlehre, noch weniger werden Vorarbeiterin oder Polierin. Das hat viel mit Sexismus und Vorurteilen zu tun. Eine, die es trotzdem anpackt, ist Unia-Mitglied Alischa Fährdrich.

PEPO HOFSTETTER*

Seit zehn Jahren arbeitet Alischa Fährdrich (25) im Bauhauptgewerbe, und noch immer ist sie Feuer und Flamme für ihren Beruf. «Auch wenn ich wüsste, was ich alles erleben werde in diesen

«Wenn mir jemand beim Tragen helfen will, lehne ich ab.»

ALISCHA FÄHRDRICH

Jahren – ich würde die Lehre wieder machen. Weil es für mich nichts Schöneres gibt als diesen Beruf.» Die Liebe zum Bau wurde ihr schon in die Wiege gelegt. Bereits als kleines Kind, so erzählt sie, habe sie sich für Baustellen begeistert, die sie mit ihrem Vater, selbst Polier, besuchte. «Bei uns zu Hause hiess es immer: Wenn du ein neues T-Shirt oder Geld für die Chilbi willst, dann musst du dafür arbeiten. So habe ich meinem Vater auf dem Bau geholfen, das hat mich immer fasziniert.»

Und schon im Kindergarten habe sie gesagt, sie wolle Polierin werden. In der Schule hätten die Lehrpersonen gesagt: «Wenn du schlechte Noten hast, musst du auf den Bau arbeiten gehen», ärgert sich Fährdrich noch heute. Als sie aber in der Gewerbeschule gehört habe, was sie in den drei Lehrjahren alles lernen müsse, habe sie sich nur noch gewundert. «Denn auf dem Bau musst du verdammt viel wissen! Nicht nur, was unsere Arbeit betrifft, wir müssen auch die Pläne der Stromer, der Sanitäre und vieler anderer Gewerke verstehen.»

Die junge Frau liess sich nicht abschrecken. Nach einem einjährigen Praktikum absolvierte sie bei der Firma Ineichen in Zug die Maurerlehre. «Ich wählte diese Firma, weil sie bereits eine Stifftin hatten», erzählt sie. Das habe den Einstieg in die männerdominierte Branche erleichtert. Bald schon bildete sie sich zur Vorarbeiterin weiter, jetzt steht die Ausbildung zur Polierin an. «Sich durchzusetzen ist wichtig, gerade als Frau auf dem Bau», sagt sie.

Was aber reizt sie am Bau? Es seien viele Dinge: die Arbeit im Freien, die Abwechslung, die Materialien, die Kräne. Derzeit arbeite sie auf einer Grossbaustelle in Pratteln mit sieben Kränen, das sei super, schwärmt sie. «Es ist faszinierend, wie dank unserer Arbeit aus praktisch nichts etwas Handfestes entsteht.» Hinzu kommen die spezielle Atmosphäre, die verschiedenen Menschen und Kulturen, der Umgang miteinander. «Klar, wir haben auch Stress, und manchmal wirst du laut. Aber das dauert fünf Minuten, dann ist die Sache gegessen, man reitet nicht ewig darauf herum.» Gerade für eine Frau sei es physisch und psychisch manchmal schon schwierig. «Es gibt einige Frauen, welche die Lehre machen», sagt sie. «Aber das Harte kommt danach, das war auch bei mir so.» Der Schutz, den man als Lehrling genieisse, sei dann weg. Auch sie sei manchmal weinend nach Hause gekommen und nahe daran gewesen, den Bettel hinzuschmeissen. «Jetzt, als Vorarbeiterin, ist es körperlich zwar immer noch streng, aber etwas weniger. Jetzt gibt's andere Herausforderungen.»

STOLZ AUF DEN BERUF

Dass sie in einer Männerdomäne arbeite, störe sie nicht, sie kenne es nun mal nicht anders. «Klar: Du wirst immer beobachtet, und als Frau musst du dich mehr beweisen als Männer. Manchmal kommen auch Fragen wie: Warum arbeitest du nicht auf dem Büro? Ich frage dann zurück: Warum du nicht?» Sie sei gerne Frau, und gewisse Dinge sehe sie anders



BAUARBEITERIN ALISCHA FÄHRDRICH: «Du hast die gleiche Ausbildung, hast die gleiche Arbeit und den gleichen Lohn wie ein Mann. Ich will keine Vorzugsbehandlung.» FOTO: MICHAEL SCHOCH

und mache sie anders. «Aber von morgens um sieben bis abends um fünf bist du Maurer. Du hast die gleiche Ausbildung, hast die gleiche Arbeit und den gleichen Lohn wie ein Mann. Ich will keine Vorzugsbehandlung», und darauf ist sie stolz. «Wenn mir einer beim Aufheben oder Tragen helfen will, dann lehne ich meistens ab. Man wird oft unterschätzt, das nervt.» Auch Probleme mit der Anmache kennt sie. Schon mit 16 habe sie einmal ein Arbeiter betatscht. Nach der Lehre hat sie es erneut zweimal erlebt. Auch hier profitiere sie jetzt von ihrer Position als Vorarbeiterin, sie werde anders wahrgenommen. Zudem unterstütze sie der Polier, mit dem sie zusammenarbeitet: «Ich habe eine eigene Toilette und ei-

nen eigenen Ort, um mich umzuziehen. Aber ich habe auch kein Problem damit, mal auf ein Toittoi zu gehen.»

Jetzt freut sich Alischa auf die Ausbildung zur Polierin. «Mein Lebensziel war es schon immer, ein besserer Polier zu sein als mein Vater», sagt sie und lacht. «Er war ein guter Polier, ich bewunderte sein Wissen und wie er mit den Leuten umgegangen ist. Aber ich weiss, ich werde nie sein Wissen haben, denn er machte noch die alte Schule durch. Wenn du heute etwas nicht weisst, nimmst du das Handy und gehst auf die Doka-App. Früher musstest du das alles im Kopf haben.»

*Pepo Hofstetter ist Redaktor beim Unia-Magazin «Der Polier», wo dieses Portrait zuerst erschienen ist.

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik

Peter Bodenmann



Service public: Mehr Staat ist oft effizienter als mehr Privat. Das zeigt sich jetzt wieder nach dem Bergsturz von Blatten VS.

Politik ist immer auch Geographie. Das zeigt jetzt auch der Bergsturz von Blatten im Walliser Lötschental. Denn Blatten liegt in einem von sieben Schweizer Kantonen, die keine staatliche Gebäudeversicherung haben. Mit teuren Folgen.

Der auftauende Permafrost hat das Dorf Blatten im Lötschental weitgehend zerstört. Und Kandersteg im Berner Oberland droht nächstens das gleiche Klimaschicksal. Mit dem Unterschied, dass in Kandersteg alle Gebäude zum Neuwert versichert sind. Während es in Blatten nur ein Teil der Gebäude ist.

NICHT GENUG. In Blatten sind die Versicherungsprämien doppelt so hoch wie in Kandersteg. Und die bernische Gebäudeversicherung investiert mehr als 50 Prozent ihrer Einnahmen in die Prävention von Gebäudeschäden. Ganz anders die privaten Versicherungen im Gustavo-Kanton Wallis: Sie investieren keinen roten Rappen.

Der Name Gustavo bildet sich aus den Anfangsbuchstaben der Kantone, die keine kantonale Gebäudeversicherung haben: Genf, Uri, Schwyz, Tessin, Appenzell Innerrhoden, Valais und Obwalden. Dort haben sich die privaten Versicherungen mit ihren Agenten bisher durchgesetzt.

Das ist alles nichts Neues unter der Sonne: SP-Mann Rudolf Strahm kritisiert die privaten Versicherer, die



BLATTEN BEGRABEN: Das Wallis gehört zu den Kantonen, in denen es keine kantonale Gebäudeversicherung gibt. FOTO: KEYSTONE

mit der zweiten Säule unnötigerweise Hunderte von Millionen verdienen und so unsere Renten kürzen, zu Recht immer wieder. Wir können nur hoffen, dass die Magazine «K-Tipp» und «Saldo» diesen Skandal bis in die letzte Ritze ausleuchten!

STAATLICH STATT PRIVAT. In den letzten Jahrzehnten haben die Walliser Linken immer wieder eine staatliche Gebäudeversicherung gefordert. Eine solche hätte auch alle Unia-Mitglieder, die in den eigenen vier Wänden wohnen, um einige Hundert Franken pro Jahr entlastet.

Und sie käme jetzt auch in Blatten zum Zug. Doch stattdessen fordern die rechten Walliser Frechdachs-Politiker, die eine staatliche Versicherung immer verhindert haben, alle Schweizerinnen und Schweizer auf, für die Glückskette zu spenden.

In Blatten gibt es 360 Wohneinheiten, davon gehören 240 Zweitwohnungen vorab städtischen Eigentümerinnen und Eigentümern. Spendengelder sind also für Bonzenhüsi. Vielleicht müsste die Politik festlegen, dass diese durch die Versicherungen der Heimatkantone ihrer Besitzerinnen und Besitzer versichert werden.

Auch die Grünen-Präsidentin Lisa Mazzone machte letztes Jahr Winterferien in Blatten. Jetzt fordert sie, dass der Bund weniger Geld für die Autobahnen ausgibt und stattdessen den Wiederaufbau von Blatten finanziert. Das ist nicht falsch, aber ungenügend: Denn SP und Grüne müssten fordern, dass es bis spätestens in fünf Jahren für Kantone, die bis dann keine obligatorische Gebäudeversicherung eingeführt haben, keine finanziellen Unterstützungen mehr geben wird. Schlicht und einfach, weil Steuerzahler nicht da sind, um private Versicherungsgesellschaften und deren Aktionariat zu mästen. Und umso mehr, als Grünen-Chefin Mazzoni aus Genf kommt und der Kanton Genf ebenfalls ein Gustavo-Kanton ist!

Und auch die Stiftungsrätinnen und Stiftungsräte der Glückskette sollten entscheiden, dass jene Kantone, die keine obligatorische Gebäudeversicherung einführen, nichts mehr von ihr bekommen. Vermutlich müssten die bequemen Damen und Herren im Glückskette-Stiftungsrat zur Jagd getragen werden, sonst machen die weiter wie schon im Fall Gondo: Alternative Standorte wurden nicht geprüft, und dem Hotel Stockalperturm fehlen 30 Zimmer zum Überleben.

Und irgendwann könnte dann das Lötschentaler Talmuseum eine Ausstellung zum Thema «Klima und Service public» machen. Zusammen mit Rudolf Strahm und Politgeograph Michael Hermann!

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/entwicklungshilfe
Die SVP will die Entwicklungshilfe für Afrika zusammenstreichen, um den privaten Versicherungen und ihren Aktionären zu helfen. Motto: gegen unten treten und gegen oben buckeln! Das kommt so lange gut an, wie niemand die wahren Probleme beim Namen nennt.

● rebrand.ly/us-zölle
Viele Arbeiter des Lötschentals arbeiten in den Alu-Fabriken von Steg und Chippis. Hier wird Aluminium wiederverwertet und gepresst. Über Nacht hat US-Präsident Donald Trump die Zölle für Stahl und Aluminium von 25 Prozent auf 50 Prozent erhöht. Diese Kostenlawine gefährdet Arbeitsplätze. Trotzdem steht die Spitze der SVP noch hinter Trump.

● chatgpt.com
Die künstliche Intelligenz glaubt zu wissen: «In der marxistischen Theorie werden Versicherungen in der Regel den Produktionsverhältnissen zugeordnet. Sie sind Teil der gesellschaftlichen Strukturen, die die Produktion und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen regeln, und beeinflussen somit die ökonomischen Beziehungen innerhalb einer Gesellschaft.»

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch



BETTINA DAUWALDER ERINNERT SICH GERNE AN 1991: «Die Stimmung auf dem Bundesplatz war genial, und es war unglaublich berührend, den Tag, auf den wir so intensiv hingearbeitet hatten, mit Tausenden von Gleichgesinnten zu verbringen.» FOTO: YOSHIKO KUSANO

Bettina Dauwalder (70) – seit 1991 am Frauenstreik dabei

«Wir haben jedes Flugblatt von Hand kopiert»



Sie war 1991 dabei, 2019, 2023 ebenso und wird auch dieses Jahr am 14. Juni auf die Strasse gehen: Bettina Dauwalder kämpft seit den 1970er Jahren für Gleichberechtigung.

MARIA KÜNZLI

«Es ist die Aufgabe der Frau, Mann und Kindern ein warmes Zuhause zu bieten.» Das schrieb 1991 eine Leserin an die Redaktion der «Berner Zeitung». Der geplante Frauenstreik – wie er damals noch hiess – erhitzte die Gemüter stark; nicht nur die der Männer. Bettina Dauwalder, die zu dieser Zeit im Kantonsressort der «Berner Zeitung» arbeitete, erinnert sich noch gut an die zum Teil heftige Ablehnung, die der Frauenstreik auslöste. «Viele Menschen reagierten hämisch, gemein, aggressiv. Wir erlebten schon während der Streikvorbereitungen extremen Gegenwind, das kann man sich heute fast nicht mehr vorstellen.»

BERICHTEN MUSSTEN DIE MÄNNER

Trotzdem organisierten Dauwalder und einige ihrer Arbeitskolleginnen mit Unterstützung der SJU (Schweizerische Journalistinnen- und Journalistenunion, damals eine Sektion des VPOD) verschiedene Aktionen am Streiktag: Am 14. Juni 1991 wurde das BZ-Gebäude beflaggt, in der Streikpause servierten die Männer den Frauen in der Redaktion Kaffee, die Frauenarbeitsplätze von Redaktion bis Spedition wurden gemeinsam besichtigt. Auf den Mittag ging die Frauengruppe in die Stadt – und weigerte sich, über den Streik zu schreiben. «Das mussten die Män-

ner übernehmen», erzählt Bettina Dauwalder. Ihre Forderungen fassten die Redaktorinnen in einem Brief an die Chefredaktion zu-

«1991 erlebten wir schon während der Streikvorbereitung extremen Gegenwind. Das kann man sich heute fast nicht mehr vorstellen.»

BETTINA DAUWALDER

sammen. Darin ging es unter anderem um die Bildung einer paritätischen Kommission, um die Frauenförderung voranzubringen.

ORGANISATION OHNE INTERNET

Der Brief schoss zwar ins Leere, und auch der Leitartikel, den Bettina Dauwalder zum 14. Juni veröffentlichte, stiess auf Widerstand der Chefredaktion. Trotzdem denkt die 70jährige gerne an den damaligen Streiktag zurück. «Die Stimmung auf dem Bundesplatz war genial, und es war unglaublich berührend, den Tag, auf den wir so intensiv hingearbeitet hatten, mit Tausenden von Gleichgesinnten zu verbringen.» Denn: Ohne Internet und ohne Handys war die Vorbereitung um einiges aufwendiger als heute. «Wir haben quasi jedes Flugblatt selbst geschrieben und am Kopierer vervielfältigt, telefoniert wurde ausserhalb der Redaktion in der Telefonkabine. Wir hatten keine Chat-Gruppe, in der wir uns austauschen konnten, sondern haben uns oft physisch getroffen, um zu planen, zu schreiben und zu organisieren. Das kann man sich heute fast nicht mehr vorstellen.»

Die eigene Meinung vertreten, für Frauenrechte und Gleichberechtigung eintreten, auch wenn's unbequem ist: Das tut Bettina

Dauwalder seit den 1970er Jahren, zuerst als Lehrerin, dann als Journalistin und schliesslich als Mitarbeiterin beim VPOD. «Ich habe früh gelernt, dass es wichtig ist, Gruppen zu bilden. Alleine ist es schwierig, den Gegenwind auszuhalten. Aber als Gruppe, auch wenn sie klein ist, kann man extrem viel ertragen.»

2019, als zum ersten Mal seit langem wieder ein grosser feministischer Streik stattfinden sollte, war Bettina Dauwalder gerade frisch pensioniert. Und sie wollte mehr tun, als an der Demo mitzulaufen und den Reden zuzuhören. So gründete sie gemeinsam mit Bekannten das Silberteams, eine heute rund zehnköpfige

«Ich habe früh gelernt, dass es wichtig ist, Gruppen zu bilden. Alleine ist es schwierig, den Gegenwind auszuhalten.»

BETTINA DAUWALDER

Gruppe politisch aktiver Rentnerinnen, die sich immer wieder mit spontanen Aktionen für die Rechte und die Sichtbarkeit älterer Frauen und gegen Gewalt und Armut im Alter starkmacht. Dieses Jahr hilft Bettina Dauwalder zudem im feministischen Streikkollektiv Bern mit, den Streiktag zu organisieren.

AKTIVE FRAUEN

Und wie hat sich der Frauenstreik entwickelt? Er wurde zum feministischen Streik. «Wir sprechen von Flintas, weil das Kollektiv eine LGBTQ-Bewegung ist», sagt Bettina Dauwalder. Genderfragen, der Kampf gegen die Gewalt an Frauen, die ungleiche Verteilung der Sorgearbeit seien wichtige Themen. Junge Flintas engagierten sich neben Ausbildung, Beruf und Familienleben freiwillig ohne jegliche Bezahlung.

Basler Jubiläum 80 Jahre Chemie-GAV

1945 brachte der erste GAV in der Basler Chemie-Industrie die 48-Stunden-Woche und garantierte Mindestlöhne. Heute gilt für Produktionsmitarbeitende von Novartis, Roche & Co. dank dem GAV die 40-Stunden-Woche.

IWAN SCHAUWECKER

Romina Leucci (31) arbeitet als Chemietechnologin für den Pharmariesen Roche (work berichtete: rebrand.ly/chemie-gav). Als Präsidentin der Personalkommission ist sie mit dem GAV der Basler Chemie-Industrie vertraut. Sie sagt: «Die Schweiz ist eines der Länder mit den längsten Arbeitszeiten, da finde ich es sehr wichtig, dass wir in diesem GAV die 40-Stunden-Woche drinhaben.» Auch Schicht- und Wochenendzulagen sowie den Kündigungsschutz sieht sie als Errungenschaften.

VERALTET UND DOCH WICHTIG. Der Vertrag, der auf den historischen GAV aus dem Jahr 1945 zurückgeht, wurde letztmals im Jahr



PEKO-PRÄSIDENTIN: Romina Leucci vor den Roche-Türmen in Basel. FOTO: STEFAN BOHRER

2012 erneuert. Leucci sagt: «Manche Dinge im Vertrag sind veraltet, insbesondere auch fehlende Regelungen zu Teilzeitarbeit. Aber eine Neuverhandlung ist eine heikle Sache.»

MASSIVE TEUERUNG. Die Arbeit in den Basler Chemiefabriken Anfang der 1940er Jahre war schlecht bezahlt und oft gesundheitsschädigend. Trotz miesen Arbeitsbedingungen und durch den Krieg bedingten Versorgungsproblemen erhöhte sich der Personalbestand der Branche in Basel von 6500 im Jahr 1943 auf über 8000 zum Ende des Krieges. Durch die massive Teuerung (50 Prozent innert vier Jahren) fand auch eine starke Politisierung der Arbeiterschaft statt. Unter der Losung «Mehr Lohn, mehr Recht und Freiheit im Betrieb» begann im

«Manche Dinge im Vertrag sind veraltet, insbesondere auch fehlende Regelungen zu Teilzeitarbeit. Aber eine Neuverhandlung ist eine heikle Sache.»

ROMINA LEUCCI, PEKO-PRÄSIDENTIN BEI ROCHE

Oktober 1941 die Basler Sektion des Schweizer Textil- und Fabrikarbeiterverbandes (STFV / Vorgängerorganisation der Unia) mit der Organisation und Mobilisierung der Arbeiterinnen und Arbeiter der Chemiebetriebe. Das Ziel: die Durchsetzung eines Gesamtarbeitsvertrags (GAV).

ARBEITSFRIEDEN DANK GAV. Trotz anfänglichen Widerständen des Verbandes Basler Chemischer Industrieller (VBCHL) – man wollte nicht mit der «roten Gewerkschaft» verhandeln – war es im Jahr 1945 so weit. Der GAV begrenzte die wöchentliche Arbeitszeit auf 48 Stunden und legte für Betriebsarbeiter einen Mindestlohn von 1.49 Franken pro Stunde fest. Auch die Schichtzulagen, Überzeit, Ferien und die Kündigungsfristen waren erstmals geregelt. Der GAV brachte Tausenden Arbeiterinnen und Arbeitern nicht nur materielle Verbesserungen, sondern auch Anerkennung für ihre harte Arbeit.

Buchtipps: **Vom Fluss des Wassers zum Fluss des Geldes**, eine widerständige Kartografie der Pharmaindustrie. Edition 8, 336 Seiten, 30 Franken.

EUropa
Roland Erne

Rumänien

Rechtes Desaster abgewendet

Mitte Mai hätten die Rechtsradikalen fast die rumänischen Präsidentschaftswahlen gewonnen. Im ersten Wahlgang hatte George Simion mit 41 Prozent der Stimmen ein Rekordergebnis erzielt. In der annullierten Wahl vom Dezember 2024 erhielten die Ultrationalisten



Roland Erne war Chemielaborant und GBI-Jugendsekretär. Seit 2017 ist er Professor für Europäische Integration und Arbeitsbeziehungen am University College Dublin.

Călin Georgescu (23 Prozent) und Simion (14 Prozent) weniger Stimmen. Da das Verfassungsgericht Georgescu auch von der Wiederholungswahl ausschloss, trat das rechtsradikale Lager von Anfang an geeint an.

SCHICKSALSWAHL. Der Gegenkandidat, Nicușor Dan, war Chef einer neoliberalen Protestpartei, ist Bürgermeister der Hauptstadt Bukarest und hat sich bisher nicht durch Unterstützung von Búezzerinnen und Búezern hervorgetan. Viele von ihnen leben in armen Randregionen oder müssen

Die antisozialen Offenbarungen des Rechtsradikalen hatten Folgen.

sich ihren Lebensunterhalt als Saisonarbeiter in Westeuropa verdienen. Trotzdem qualifizierte sich Nicușor Dan für die Stichwahl. In der westeuropäischen Diaspora stimmten die meisten entweder für den rechtsradikalen Simion oder für den neoliberalen Dan. Nach dieser Niederlage trat der sozialdemokratische Ministerpräsident Marcel Ciolacu zurück und überliess die Schicksalswahl zwischen einem europäischen und nationalistischen Weg seinen Wählerinnen und Wählern.

SIEG VERSPIELT. Der rechtsradikale Simion fühlte sich so sicher, dass er schon vor dem zweiten Wahlgang zugab: Sein Versprechen, zigtausende Sozialwohnungen zu bauen, war ein Wahlkampf-Gag. Dafür würden bald Tausende Beschäftigte im öffentlichen Dienst ihre Stellen verlieren, wie dies Trump gerade vor-exerziere. Simions antisoziale Offenbarungen blieben nicht folgenlos. Sie erlaubten es dem neoliberalen Kandidaten Dan, sich als Fürsprecher eines «europäischen Sozialmodells» zu profilieren. Nachdem Dan zum Präsidenten gewählt worden war, schien der Bildung einer «proeuropäischen» Regierung, bestehend aus Sozialdemokraten bis zu Neoliberalen, nichts mehr im Wege zu stehen.

SPARDIKTAT. Doch am 5. Juni verlangte der EU-Deregulierungskommissar von Rumänien neue, drastische Sparmassnahmen. Die neue Regierung muss bis Ende Juni der EU-Kommission ein radikales Sparpaket vorlegen, um zu verhindern, dass Rumänien bald mit dem Entzug aller EU-Mittel bestraft wird. Um diese Katastrophe abzuwenden, fragten die Behörden auch den Internationalen Währungsfonds (IWF) nach Lösungsvorschlägen. Obwohl der IWF kaum ein Anwalt sozialer Politik ist, schlug er vor, den einheitlichen Steuersatz von 10 Prozent durch zwei neue, progressive Sätze von 15 Prozent und 25 Prozent zu ersetzen. Alle müssten künftig höhere Einkommensteuern zahlen, die Reichen jedoch proportional mehr. Ob es dazu kommt, ist fraglich, da die Neoliberalen die Rückkehr zu einem progressiven Steuersystem bislang ablehnten, trotz Bekenntnissen zum «europäischen Sozialmodell». Es droht deshalb ein Comeback der Austeritätspolitik, das den Aufstieg der Rechtspopulisten weiter befördern wird.

Roland Erne schreibt hier im Turnus mit Regula Rytz, was die europäische Politik bewegt.

Horror in Gaza: Offener Brief an den Bundesrat

Wider das Schweizer Schweigen

Gewerkschafterin und Ex-Bundesrätin Ruth Dreifuss, Ex-Bundesrätin Micheline Calmy-Rey sowie gut 80 weitere Persönlichkeiten haben einen offenen Brief an den Bundesrat unterzeichnet. Darin fordern sie eine klare Positionierung der Schweiz in Bezug auf die Verbrechen in Gaza.

«Die humanitäre Situation in Gaza ist katastrophal und eskaliert weiter. Das Welternährungsprogramm und Unicef berichten von einer sich ausbreitenden Hungersnot. Hunderttausende Zivilisten – vor allem Kinder – sind akut vom Tod durch Hunger, Krankheit und fehlende medizinische Versorgung bedroht. Die systematische Blockade humanitärer Hilfe durch Israel, die gezielte Zerstörung ziviler Infrastruktur und die massenhafte Vertreibung der Bevölkerung stehen in eklatantem Widerspruch zum humanitären Völkerrecht, insbesondere zu den Genfer Konventionen und ihren Zusatzprotokollen. Auf den bewaffneten Angriff der Hamas auf die israelische Zivilbevölkerung am 7. Oktober 2023, der vom Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) als Verbrechen gegen die Menschlichkeit untersucht wird, folgte eine dramatische Eskalation der Gewalt, die zu einer fatalen humanitären Situation in Gaza und dem besetzten palästinensischen Gebiet als Ganzes führte.

Der Internationale Gerichtshof (IGH) hat in seinen Anordnungen vom 26. Januar und 28. März 2024 bestätigt, dass ein «plausibles Risiko eines Völkermords» in Gaza bestehe und Israel verpflichtet sei, ihn zu verhindern. Israel ignoriert diese verbindlichen Schutzmassnahmen bislang vollständig. Namhafte Organisationen wie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), Médecins sans Frontières (MSF), Amnesty International und Human Rights Watch dokumentieren fortlaufend schwerste Verstösse gegen das humanitäre Völkerrecht in Gaza. Das IKRK bezeichnet die Situation als «Horror, der die Grundlagen unserer Menschlichkeit in Frage stellt». MSF spricht von «ethnischer Säuberung» und einem «Massengrab» für Palästinenser und Helfende. (...)

Israels politische und militärische Führung hat in den letzten Wochen offen die dauerhafte Besetzung des Gazastreifens und die Vertreibung weiter Teile der palästinensischen Bevölkerung angekündigt. Finanzminister Bezalel Smotrich erklärte, Gaza solle «vollständig zerstört» werden, und die Palästinenser sollten in Drittländer auswandern. Kommunikationsminister Shlomo Karhi sprach von einem «Deportationsplan» für die palästinensische Bevölkerung und forderte die Wiederansiedlung jüdischer Siedlungen in Gaza. Der nationale Sicherheitsminister Itamar Ben-Gvir bezeichnete die «Migration von Hunderttausenden aus Gaza» als «Lösung» und rief zur Rückkehr israelischer Siedler auf. Diese Aussagen verstärken den schwerwiegenden Verdacht, dass die israelische Regierung einen Völkermord an den Palästinenserinnen begeht, im Sinne des Übereinkommens über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (Uno-Völkermordkonvention).

Die Schweiz hat die Pflicht zur Bestrafung eines Völkermordes.

Renommierete israelische Juristen und Persönlichkeiten – darunter Omer Bartov, Michael Sfard, Omer Shatz, Amos Goldberg, Raz Segal, Eitay Mack, Zehava Galon und Ilan Pappé – haben öffentlich erklärt, dass die israelische Regierung Handlungen verübe, die Merkmale von Völkermord und ethnischer Säuberung tragen. Als Depositarstaat der Genfer Konventionen ist die Schweiz gemäss Art. 1 verpflichtet, deren Normen nicht nur selbst zu wahren, sondern auch aktiv ihre Durchsetzung in anderen Staaten zu fördern. Zudem verpflichtet Art. 1 der Völkermordkonvention die Schweiz ausdrücklich zur Prävention und Bestrafung von Völkermord. Im Namen der Einhaltung völker- und menschenrechtlicher Verpflichtungen fordern wir

den Bundesrat auf, umgehend folgende Massnahmen zu ergreifen:

1. Diplomatischer Einsatz für Waffenstillstand
Gemäss Art. 1 der Genfer Konventionen fordern wir Sie auf, sich aktiv und öffentlich für einen sofortigen Waffenstillstand und den Schutz der Zivilbevölkerung in Gaza und dem Westjordanland einzusetzen.

2. Humanitärer Zugang und UNRWA-Finanzierung
Setzen Sie sich gemäss Art. 23 der IV. Genfer Konvention für den ungehinderten Zugang humanitärer Hilfe nach Gaza ein und stellen Sie die vollumfängliche finanzielle Unterstützung des Uno-Hilfswerks für Palästinaflüchtlinge UNRWA wieder her.

3. Freilassung aller israelischen Geiseln und unrechtmässig inhaftierten palästinensischen Gefangenen
Gemäss Art. 34 der IV. Genfer Konvention ist die Geiselnahme verboten. Wir fordern Sie auf, sich für die bedingungslose Freilassung aller zivilen Geiseln einzusetzen. Ebenso fordern wir ein entschiedenes Eintreten für die Freilassung aller palästinensischen Gefangenen, die ohne Anklage, ohne faires Verfahren oder entgegen rechtsstaatlichen Grundsätzen festgehalten werden.

4. Öffentliche rechtliche Einordnung der Lage in Gaza
Gemäss Art. 1 der Völkermordkonvention hat die Schweiz die Pflicht zur Prävention und Bestrafung eines drohenden oder stattfindenden Völkermords. Wir fordern eine offizielle Stellungnahme des Bundesrats zur Plausibilität eines Völkermords in Gaza gemäss Definition des IGH, die sich auf die Völkermordkonvention stützt.

5. Kooperation mit und Unterstützung von internationalen Strafverfolgungsorganen
Gemäss dem Römer Statut und dem Bundesgesetz über internationale Rechtshilfe in Strafsachen (IRSG) ist die Schweiz verpflichtet, mit dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) zu kooperieren. Wir fordern, dass sich die Schweiz ausdrücklich zur Unterstützung des IStGH bei der strafrechtlichen Aufarbeitung von mutmasslichen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord bekennt – unabhängig von der Täterseite – und ihre finanzielle Unterstützung für den IStGH deutlich verstärkt.

6. Suspendierung sicherheitsrelevanter Exporte
Gemäss Artikel 22 des Kriegsmaterialgesetzes dürfen Ausfuhren nicht erfolgen, wenn das Risiko besteht, dass sie zur Begehung schwerer Menschenrechtsverletzungen verwendet werden. Wir fordern, dass alle Exporte von Kriegsmate-



HUNGERNDE KINDER: Da Israel humanitäre Hilfe systematisch blockiert, sind Hunderttausende Zivilisten im Gazastreifen vom Tod bedroht. FOTO: KEYSTONE

rial, Dual-Use-Gütern und Überwachungstechnologie nach Israel ausgesetzt werden, solange der Verdacht von Völkerrechtsverbrechen besteht.

7. Verurteilung von Aufrufen zur illegalen Umsiedlung oder Deportation
Öffentliche Aufrufe zur Vertreibung einer Bevölkerungsgruppe verletzen das humanitäre Völkerrecht und die Uno-Charta. Wir fordern eine klare und explizite Verurteilung völkerrechtswidriger Aussagen israelischer Regierungsmitglieder.

8. Unterstützung und Ausbau wirtschaftlicher Massnahmen zum Schutz des Völkerrechts
Die Schweiz ist gemäss dem IGH-Gutachten vom 19. Juli 2024, das die Rechtswidrigkeit der israelischen Besetzung feststellt, sowie nach ihrer nationalen Gesetzgebung verpflichtet, Massnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung des Völkerrechts sicherzustellen. Der Bundesrat soll sicherstellen, dass die Schweiz nicht durch Handel, Investitionen oder andere Wirtschaftsbeziehungen dazu beiträgt, die illegale Besetzung der palästinensischen Gebiete aufrechtzuerhalten, wo nötig in Abstimmung mit der EU.

9. Einsatz für eine politische Lösung auf Basis des Völkerrechts
Das erklärte Ziel der Schweizer Nahostpolitik ist eine Zweistaatenlösung. Die Schweiz soll sich für eine Lösung einsetzen, die Menschenrechte achtet, die Blockade des Gazastreifens aufhebt, illegale Siedlungen beseitigt, das Rückkehrrecht achtet sowie grundsätzlich gleiche Rechte für Palästinenser und Israeli gewährleistet. Besonderes Augenmerk gilt der Beseitigung israelischer Strukturen, die nach Einschätzung des IGH und weiterer Uno-Gremien gegen das völkerrechtliche Verbot von Apartheid verstossen.

10. Verpflichtung zur präventiven Völkerrechtspolitik
Gemäss Art. 1 der Genfer Konventionen muss die Schweiz alles in ihrer Macht Stehende unternehmen, um Völkerrechtsverstösse zu verhindern. Wir fordern eine Überprüfung der gesamten Nahostpolitik der Schweiz hinsichtlich ihrer menschenrechtlichen und völkerrechtlichen Kohärenz sowie eine öffentliche Rechenschaft über diese Politik. Die fortgesetzte Untätigkeit angesichts dokumentierter schwerster Verbrechen untergräbt nicht nur die Glaubwürdigkeit der internationalen Rechtsordnung. Mit seinem Schweigen riskiert der Bundesrat zudem, dass die Schweiz eine völkerrechtliche Mitverantwortung für das Versäumnis der Prävention eines Völkermords trägt.»

Den gesamten Brief und alle Unterzeichnenden finden Sie hier: rebrand.ly/offener-brief-gaza.

Demo in Bern
Solidarität mit Gaza – der Bundesrat muss endlich handeln! Palästinensische und jüdische Organisationen, der SGB, Grüne, SP, Amnesty International und auch die Unia unterstützen die grosse und friedliche Demo in Bern. Am 21. Juni, um 16 Uhr auf der Schützenmatte.

Das erklärte Ziel der Schweizer Nahostpolitik ist eine Zweistaatenlösung. Die Schweiz soll sich für eine Lösung einsetzen, die Menschenrechte achtet, die Blockade des Gazastreifens aufhebt, illegale Siedlungen beseitigt, das Rückkehrrecht achtet sowie grundsätzlich gleiche Rechte für Palästinenser und Israeli gewährleistet. Besonderes Augenmerk gilt der Beseitigung israelischer Strukturen, die nach Einschätzung des IGH und weiterer Uno-Gremien gegen das völkerrechtliche Verbot von Apartheid verstossen.

Die Schweiz ist gemäss dem IGH-Gutachten vom 19. Juli 2024, das die Rechtswidrigkeit der israelischen Besetzung feststellt, sowie nach ihrer nationalen Gesetzgebung verpflichtet, Massnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung des Völkerrechts sicherzustellen. Der Bundesrat soll sicherstellen, dass die Schweiz nicht durch Handel, Investitionen oder andere Wirtschaftsbeziehungen dazu beiträgt, die illegale Besetzung der palästinensischen Gebiete aufrechtzuerhalten, wo nötig in Abstimmung mit der EU.

Den gesamten Brief und alle Unterzeichnenden finden Sie hier: rebrand.ly/offener-brief-gaza.

Exil-Gewerkschafterin Sandar Soe (42) bietet Myanmars Generälen die Stirn

«Ich kehre bald zurück!»

Ob in der Fabrik, im Untergrund oder im internationalen Genf: Phyo Sandar Soe hat sich ganz dem Kampf gegen die burmesische Militärdiktatur verschrieben. Ihr jüngster Erfolg stimmt sie optimistisch.



GEGEN DIE MACHTHABER: Gewerkschafterin Phyo Sandar Soe schreckt nicht vor der Konfrontation mit General Min Aung Hlaing zurück, dem Machthaber von Myanmar. FOTO: KEYSTONE / MONTAGE: NINOTCHKA.CH

JONAS KOMPOSCH

work: Frau Soe, seit dem Militärputsch von 2021 tobt in Myanmar ein blutiger Bürgerkrieg, die Gewerkschaften mussten in den Untergrund, Sie sogar ins Exil. Trotzdem strahlen Sie. Was ist los? **Phyo Sandar Soe:** Mir geht es aktuell tatsächlich sehr gut. Ganz einfach, weil wir hier in Genf gerade Geschichte geschrieben haben.

Erzählen Sie!

Am Uno-Sitz tagt die Internationale Arbeitsorganisation (ILO). Jedes Land schickt vier Vertreterinnen oder Vertreter, zwei staatliche und je einen aus Gewerkschafts- und Arbeitgeberkreisen. Am 5. Juni haben die Delegierten, nach jahrelangem Hin und Her, endlich unserer Forderung zugestimmt: Sie setzten den ILO-Artikel 33 in Kraft. Das ist die schärfstmögliche Sanktion gegen ein Land, das Arbeitnehmerrechte krass verletzt. Seit

Phyo Sandar Soe (42): Aktivistin

Als Phyo Sandar Soe mit 16 Jahren Näherin in einer Textilfabrik wurde, waren Gewerkschaften noch streng verboten. Heimlichen Aktivistinnen drohte gar die Todesstrafe. So wollten es die verschiedenen Militärregierungen, die die ehemalige britische Kolonie Burma seit 1962 beherrschten.

EXIL. Erst 2011 liessen die Generäle eine zaghafte demokratische Öffnung zu. In Soes Fabrik entstand eine Gewerkschaft. Soe schloss sich ihr an und wurde bald eine ihrer erfolgreichsten Organisatorinnen. Heute ist Soe die stellvertretende Generalsekretärin des Myanmarischen Gewerkschaftsbunds (CTUM), dritte Vizepräsidentin der Bau- und Holzarbeiter-Internationale (BHI) sowie Exekutivratsmitglied der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Sie lebt im Exil in Neuseeland. (jok)

der ILO-Gründung 1919 wurde der Artikel erst zweimal aktiviert.

Was bringt das konkret?

Jetzt müssen alle 187 ILO-Mitgliedstaaten ihre Beziehungen zu Myanmar überprüfen und beenden, sofern diese die Diktatur stützen. Dasselbe gilt für internationale tätige Firmen. Damit kommt das Regime gehörig unter Druck. In Myanmar sprechen jetzt alle vom Durchbruch von Genf.

Wie ist denn die aktuelle Lage im Land?

Dramatisch! Es gibt Millionen interne Vertriebene, der Hunger grassiert, und das Militär setzt immer öfter auf Zwangsarbeit und Zwangsrekrutierung. Zu allem Übel hat das Erdbeben vom 28. März weite Teile des Landes verwüstet. Über 5000 Personen wurden verschüttet, Hunderttausende sind obdachlos geworden. Und das Militär verhindert eine faire Verteilung der internationalen Hilfsgüter. In viele ländliche Regionen gelangt gar nichts.

Stimmt es, dass die Militärjunta nach dem Erdbeben den Krieg sogar intensiviert hat?

Ja, und das, obwohl die vereinigten Oppositionskräfte sofort einen Waffenstillstand angeboten haben. Doch den Putschgenerälen geht es nicht um eine bestmögliche Katastrophenbewältigung. Im Gegenteil nutzen sie die Lage aus und liessen seither 800 Luftschläge und Drohnenangriffe fliegen – auch gegen zivile Ziele. Im April verkündete das Militär eine Waffenruhe, doch die Kampfjets bombardieren weiter. Gegen Angriffe aus der Luft können sich unsere Aufständischen mit ihren leichten Waffen schlecht wehren, erst recht nach den Verheerungen des Erdbebens.

Und wer hat am Boden die Oberhand?

Mittlerweile kontrollieren die revolutionären Einheiten deutlich über die Hälfte des Landes. Doch die Mi-

litärjunta hat mit China und Russland zwei Grossmächte im Rücken. Sie liefern Waffen, Munition und Überwachungstechnologie.

Apropos Überwachung: Sie haben Myanmar verlassen. Warum?

Weil ich früher oder später im Knast gelandet wäre. Und dort hätten Folter oder gar der Tod auf mich gewartet. Ich ging schon am ersten Tag des Putsches in den Untergrund. Dann zog ich durchs Land, von Safe House zu Unterschlupf, 18 Monate lang. Nur in den Dschungel musste ich nie, dank der grossen Unterstützung aus der Gewerkschaftsbewegung und der Bevölkerung. Aber ich wurde ständig ver-

«Ich ging schon am ersten Tag des Putsches in den Untergrund.»

folgt, konnte oft nicht mehr als ein paar Stunden am Stück schlafen und musste immer wieder meine Handys und Laptops vernichten, weil eine Razzia drohte.

Was hätten die Militärs in Ihren Daten gefunden?

Wir Gewerkschaften organisieren zwar nicht den bewaffneten, aber sehr wohl den zivilen Widerstand. Trotz Diktatur haben wir funktionierende Strukturen. Wir organisieren uns über Apps wie Signal, Telegram oder VPN.

Wer ist wir?

Landesweit entstanden nach dem Putsch 44 regionale Streikkomitees und ein übergeordnetes Generalstreik-Koordinationskomitee. Daraus gingen die grössten Protestmärsche und Streiks gegen die Militärs hervor. Schon fünf Tage nach dem Putsch gingen 22 Millionen Menschen auf die Strassen. Diese Demonstrationen haben wir Gewerkschaften gestartet! Wir waren auch die ersten, die vor einem bevorstehenden Putsch gewarnt hatten – und die angekündigt hat-

ten, dass wir Widerstand leisten werden.

Trotzdem hat sich das Militär gegen das Volk durchgesetzt.

Mit brachialer Gewalt, ja. Ich stand daneben, als sie einem Genossen aus nächster Nähe in den Kopf schossen. Demonstrationen waren so nicht mehr möglich. Dann machten wir Flashmobs, also kurze Blitzaktionen. Doch auch das ist jetzt zu gefährlich.

Und was ist mit klassischer Gewerkschaftsarbeit?

Unmöglich! Die Vereinigungsfreiheit bestand in Myanmar ja nur von 2011 bis 2021. Zwar sind in dieser Zeit über 3000 Betriebsgewerkschaften entstanden. Zudem verschiedene Branchenverbände. Doch viele wurden wieder verboten. Uns vom Gewerkschaftsbund CTUM wollten die Generäle als Feigenblatt integrieren. Doch wir erklärten ihnen stattdessen den Kampf. Als Mitglied des Zentralkomitees bin ich deshalb als Hochverräterin zur Verhaftung ausgeschrieben.

Jetzt kämpfen Sie auf der internationalen Bühne. Woher nehmen Sie Ihre Energie?

Ich bin es meinen Landsleuten, die nicht fliehen konnten, schuldig. Und ich will jetzt einfach endlich einen Wandel sehen! Dafür gebe ich alles. Ans Heiraten oder Kinderkriegen denke ich erst gar nicht. Ich bin mit der Bewegung verheiratet (lacht). Dieser Biss kommt wohl aus meiner Zeit als Textilarbeiterin in Thailand. Wegen illegaler Grenzübertritte sass ich zweimal im Gefängnis. Damals schwor ich mir, dass ich keine Art der Unterdrückung mehr akzeptieren werde, komme, was wolle.

Werden Sie je wieder in Ihre Heimat zurückkehren können?

Sicher! Und zwar schon bald. Das Militär hat jeden Kredit verspielt und keinerlei soziale Basis mehr. Und unsere Jugend brennt für den Fortschritt wie noch nie.



DEMONSTRATION IN GENF: Mittendrin Unia-Mann Roman Künzler (r.). FOTO: KEYSTONE

Demo gegen Uber, Amazon und Co.

«Weltweite Regulierung jetzt!»

Technologischer Fortschritt muss den Arbeitern zugute kommen und darf nicht auf Kosten von Menschenrechten gehen. Das fordern Plattform-Arbeitende von der ILO in Genf. Die Schweiz sperrt sich.

IWAN SCHAUWECKER

«Workers power! Union power!» hallt es über die Place des Nations in Genf. Hundert Delegierte der Arbeiteruniversität Genf (UOG) und Plattformarbeiterinnen aus Asien, Amerika, Afrika und Europa demonstrierten Anfang Juni für ein Ab-

«Die meisten Regierungen unterstützen uns, aber die Schweiz steht auf der Seite der Arbeitgeber.»

BIJU MATHEW, NEW YORK TAXI WORKERS ALLIANCE

kommen zur Regulierung der Plattformwirtschaft. Zur Jahreskonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) veröffentlichten 30 NGOs und Gewerkschaften eine gemeinsame Erklärung, in der sie die ILO auffordern, dringend ein solches Abkommen zu verabschieden. Auch die Unia war mit Logistikmann Roman Künzler vor Ort.

SCHWEIZ STÜTZT TECHKONZERNE

Bei der Demonstration sagte Biju Mathew, Mitbegründer der Gewerkschaft New York Taxi Workers Alliance, die Verhandlungen würden verschleppt: «Nach drei Tagen Diskussion sind wir immer noch nicht über die erste Zeile des künftigen Übereinkommens hinausgekommen. Die Arbeitgeber tun alles, was sie können, um den Prozess zu blockieren. Die meisten Regierungen unterstützen uns, aber die Schweiz gehört zu den Ländern, die auf der Seite der Arbeitgeber stehen.»

ÜBERALL GLEICHE PROBLEME

«Schande über sie!» ruft die Menge. Die Probleme der Plattformarbeiter sind weltweit dieselben: Scheinselbständigkeit, fehlende Sozialversicherungen, lange Arbeitszeiten, schwankende Einkommen, algorithmisches Management. Manju Goel, ehemalige Mitarbeiterin von Amazon in Indien und Mitglied der Gig & Platform Service Workers Union, sagt: «Diese Unternehmen behaupten, vielen Menschen Arbeit zu geben, aber wir sind es, die ihnen Geld einbringen.»

FAHRER UND POLITIKERINNEN VEREINT

Der Präsident des Taxivereins VTC-Genève, Aria Jabbarpour, freut sich über den jüngsten Sieg vor Bundesgericht: «In einem Urteil hat das Gericht bestätigt, dass wir Angestellte von Uber und keine Selbständigen sind, da wir vollständig von der App abhängig sind.»

Auch die Europaabgeordnete Leïla Chaïbi von der Linkspartei La France insoumise ist anwesend. Sie war für die Verhandlungen zur Plattform-Arbeitsrichtlinie verantwortlich, die vor einem Jahr vom EU-Parlament verabschiedet wurde: «Ich bin hier, um diesen Kampf auf globaler Ebene fortzusetzen», erklärt sie.



Kunst zum 14. Juni und darüber hinaus

Riesengross in europäischen Städten: Mit Kreuzstichen gegen das Patriarchat

Mit bestickten Gerüstnetzen sorgt die Künstlerin Katharina Cibulka für feministische Agitation in ganz Europa. Seit Anfang März hängt ihre Kunst auch in Bern.

IWAN SCHAUWECKER

Wer die Berner Kirchenfeldbrücke überquert, kann sie nicht übersehen: die Botschaft der österreichischen Künstlerin Katharina Cibulka (50). Anfang März montierte Cibulka

«Wir können das unfaire System verlernen.»

KÜNSTLERIN KATHARINA CIBULKA

mit ihrem Team ein 240 Quadratmeter grosses, von Hand im Kreuzstich besticktes Gerüstnetz an die Westfassade der Münsterplattform. In metergrossen pinken Buchstaben steht dort geschrieben: «Solange du dich auf das Patriarchat stützt, bin ich Feminist:in.»

31. KUNSTWERK DER SOLANGE-SERIE

Das Kunstwerk in Bern ist die 31. Installation in der internationalen Solange-Serie. In Köln hängte Cibulka folgenden Satz auf: «Solange wir uns Beulen an gläsernen Decken holen, bin ich Feminist:in.» Und im österreichischen Bad Ischl hiess es: «Solong ois bleibt, weils oiwei scho so woa, bin i Feminist:in.» In Südtirol war es eine Botschaft in Englisch: «As long as it takes balls to get to the top, I will be a feminist.»

Katharina Cibulka sagt zu ihren Kunstwerken, die bereits seit sieben Jahren auf Baugerüsten zum Einsatz kommen: «Wir alle sind Teil des Patriarchats und können uns nicht ausserhalb stellen. Aber wir können beginnen, dieses zutiefst unfaire System bewusst zu verlernen, indem wir neue Wege gehen.» Wenn sie in die Zukunft blicke, dann sehe sie auch viele Veränderungen bei den Männern: «Männer spüren sich, zeigen ihre Gefühle, reden darüber und leben ihre Hilflosigkeit nicht mehr in Unterdrückungsphantasien und Gewalttaten aus.»

BERNER PATRIARCHATSKRITIK

Die feministische Friedensorganisation Frieda hat Cibulkas Kunst in die Schweiz geholt. Anna-Béatrice Schmalz leitet für Frieda die Kampagne «16 Tage gegen Gewalt an Frauen» (workzeitung.ch/gemeinsam-gegen-gewalt).

Zusammen mit Cibulka hat Frieda den Satz für die Münsterplattform aus etwa 130 eingesandten Vorschlägen ausgewählt. Schmalz sagt: «Gewalt an Frauen ist in der Schweiz noch immer Alltags. Gleichstellung ist die beste Gewaltprävention.» Die Installation ermögliche Sichtbarkeit und sei Denkanstoss, um über die verschiedenen Probleme des Patriarchats nachzudenken und zu diskutieren. Cibulkas Kunstwerk hängt noch bis Ende August an der Fassade der Münsterplattform.



ENGAGIERT:

Anna-Béatrice

Schmalz. FOTO: JUN



NICHT ZU ÜBERSEHEN: Die Installation an der Kirchenfeldbrücke in Bern. FOTO: JUN



BAD ISCHL: «Solong alles bleibt, weil es schon immer so war, bin ich Feminist:in.» FOTO: PD



RATHAUS BREGENZ: 31 solcher Netze hängen quer verteilt in ganz Europa. FOTO: PD

INSERAT



Keine Gleichstellung

ohne gerechte Löhne!

UNIA

14. Juni – Frauenstreiktag

Komm mit uns auf die Strasse!

Mehr
Infos



Ein Tag ohne Frauen: Neuer Dok-Film über den Isländer Frauenstreik

Die Frauen legten Island still

In Island legten die Frauen 1975 mit einem kollektiven «freien Tag» das Land lahm – und schrieben damit Geschichte.

JULIA NEUKOMM

Island gilt heute als eines der gleichberechtigtesten Länder der Welt. Doch der Weg dahin war lang. Die Doku «Ein Tag ohne Frauen» zeigt Island in den 1970er Jahren. Einer Zeit, in der Frauen hart arbeiteten – und wenig zu sagen hatten.

GLÜCKLICHE ZEITEN FÜR MÄNNER

Im Film spricht Sigrún Hermannsdóttir über einen Arbeitsalltag, in dem Frauen Banken am Laufen hielten, während in den oberen Stockwerken Männer das Sagen hatten. Die Frauen erklärten neuen Kollegen das Geschäft – und sahen zu, wie diese zu ihren Chefs wurden. Ihr Lohn? Der wurde oft damit abgetan, dass er nur für «Make-up und Kleidung» gedacht sei – denn das eigentliche Einkommen bringe ja der Mann nach Hause.

Auch auf dem Land war Gleichberechtigung kein Thema. In Bauernfamilien hatten Frauen wenig Mitspracherecht – und vom Bauernverband waren sie grösstenteils ausgeschlossen. Nur Witwen waren zugelassen. Eine sechsfache Mutter soll einmal gesagt haben: «Ich wäre lieber sechs Monate im Gefängnis mit einem guten Buch – einfach nur, um zu lesen.» So belastend war unbezahlte Haus- und Care-Arbeit.

EINE BEWEGUNG NIMMT FAHRT AUF

Inspiziert von feministischen Bewegungen in Ländern wie den USA, Schweden oder den Niederlanden, begannen die Isländerinnen sich zu organisieren. Am 1. Mai 1970 rief die Radiomoderatorin Vilborg Dagbjartsdóttir zur Versammlung auf: «Frauen in roten Strümpfen – wir treffen uns morgen früh auf dem Platz.» Der Aufruf stiess auf offene Ohren. Schilder mit Slogans wie «Gleiche Rechte!» oder «Frauen wacht auf!» prägten das Bild. Die Frauen, die sich nun zur sogenannten Rotstrumpfbewegung zählten, verzichteten an diesem Tag bewusst auf das äussere Erscheinungsbild, das von ihnen erwartet wurde – kein Make-up, keine konservative Kleidung. Sie diskutierten öffentlich über Themen wie Sexualität, Menstruation und Abtreibung – Tabus in der Gesellschaft. Nicht alle Frauen standen hinter den Rotstrümpfen. Doch die Bewegung machte klar: Es geht nicht darum, wie eine Frau lebt, sondern darum, dass sie eine Wahl hat.

EIN FREIER TAG

1975 riefen die Vereinten Nationen das Internationale Jahr der Frau aus. In Island fand ein grosser Frauenkongress statt. Rund 300 Vertre-



EINE FÜR ALLE, ALLE FÜR EINE: Am 24. Oktober 1975 legten 90 Prozent der isländischen Frauen ihre Arbeit nieder und veränderten mit dem historischen Streiktag ihr Land. FOTO: PD

terinnen unterschiedlichster Gruppen kamen zusammen: von Gewerkschafterinnen über Mitglieder feministischer Bewegungen bis hin zu Frauen aus verschiedenen Organisationen. Gemeinsam schmiedeten sie einen Plan: Am 24. Oktober sollten alle Frauen die Arbeit niederlegen – zu Hause und im Beruf. Doch das Wort «Streik» war manchen zu radikal. Deshalb schlug eine ältere Frau vor: «Ihr mögt das Wort Streik nicht? Dann nennen wir es einen freien Tag.» Die Gewerkschaften hielten überall Versammlungen ab. Wie

90 Prozent der isländischen Frauen beteiligten sich am Protest.

Prediger verbreiteten sie die Botschaft des «freien Tages». Und die Männer? Viele nahmen es nicht ernst – oder setzten ihre Frauen unter Druck, denn sie wussten genau: Ohne Frauen läuft nichts.

RIEN NEVA PLUS

Und tatsächlich: Am 24. Oktober 1975 ging nichts mehr. Flugzeuge blieben am Boden, Schulen waren geschlossen, Läden verriegelten ihre Türen. Die Frauen legten Island still. 90 Prozent der isländischen Frauen beteiligten sich am Pro-

test. In Reykjavík füllten sie die Strassen. Überall wehten Fahnen mit feministischen Symbolen, Frauen hielten Plakate in die Höhe. Guðrún Erlendsdóttir erinnert sich: «Ich brachte meine einjährige Tochter zur Arbeit meines Mannes. Der Chef war wütend – aber ich wusste: Das ist auch seine Tochter. Und ich gehe jetzt die Welt verändern.»

Der «Tag ohne Frauen» zeigte Wirkung. Schon 1977 durften Frauen im Bauernverband dabei sein – zum ersten Mal seit 140 Jahren. Und 1980 wurde Vigdís Finnbogadóttir zur ersten demokratisch gewählten Staatspräsidentin der Welt. Sie blieb 16 Jahre lang im Amt – ein Meilenstein.

GEMEINSAM STARK

«Ein Tag ohne Frauen» von Pamela Hogan und Hrafnhildur Gunnarsdóttir erzählt von Zusammenhalt, Solidarität und Mut. Mit historischen Bildern, Interviews, fein animierten Szenen und beeindruckenden Naturaufnahmen lässt der Film die Atmosphäre der 1970er Jahre lebendig werden.

Ein Tag ohne Frauen läuft seit letzter Woche in ausgewählten Kinos in der Schweiz. Unter anderem in **Bern** im Kino Rex, in **Zürich** im Houdini, in **Basel** im Kult.Kino Atelier, in **Luzern** im Bourbaki und in **Dübendorf** im Kino Orion.



Filmtipp «On Falling» im Kino

Die portugiesische Migrantin Aurora arbeitet im Verteilzentrum eines Online-Versandhauses im schottischen Edinburgh. Zwischen ihrer Arbeit als «Pickerin» und dem Leben in einer proletarischen Wohngemeinschaft verliert sich Aurora zunehmend in Einsamkeit und ihrem Smartphone. Trotz Geldsorgen und einer von Algorithmen bestimmten Arbeitswelt schafft Aurora mit kleinen Sabotageakten jedoch auch immer wieder ein Stück Freiheit. «On Falling» ist ein einfühlsames Portrait der portugiesischen Filmemacherin Laura Carreira. Produziert hat Carreiras Spielfilmdebüt der britische Starregisseur Ken Loach.

Kinostart Deutschschweiz: **12. Juni.**

Pionierinnen im Bundeshaus Unerhört!

1971 erhielten die Frauen in der Schweiz endlich das Stimm- und Wahlrecht. Und konnten dadurch auch gewählt werden. Bei den ersten Wahlen im selben Jahr schaffte eine Frau den Sprung in den Ständerat, zehn Frauen errangen einen Sitz im Nationalrat,

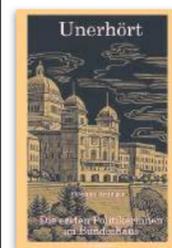


FOTO: PD

eine rückte wenig später nach. Doch wenig ist bekannt über diese Pionierinnen in Bundesbern. Wer waren diese Frauen, was ging ihnen am ersten Tag im von Männern dominierten Bundeshaus durch den Kopf? Was waren ihre Ziele, was haben sie erreicht? Die Historikerin Fabienne Amlinger stellt alle vor und hat mit Lili Nabholz, Gabrielle Nanchen, Monika Stocker, Rosmarie Zapfl und Elisabeth Zölch gesprochen. Amlinger hat auch die Ratsprotokolle auf den Vermerk «grosse Heiterkeit» untersucht, wenn das Frauenstimmrecht auf der Agenda stand. Eine fesselnde Lektüre, bei der nicht selten das Lachen im Hals steckenbleibt.

Fabienne Amlinger: **Unerhört**, Verlag Hier und Jetzt, 240 Seiten, ca. 36 Franken.

Lesung und Diskussion Was, wenn die Frauen gemeinsam...

Konkurrenz statt Solidarität, Vereinzelung statt Verbundenheit: Diese patriarchalen Mechanismen prägen das gesellschaftliche Miteinander auch unter Frauen bis heute. Doch was passiert, wenn Frauen sich zusammenschliessen, sich gegenseitig stärken und gemeinsam für Veränderung eintreten? Nach der Lesung von Franziska Schutzbach diskutieren Aktivistinnen und Aktivistinnen der Zürcher Gewerkschaften über diese Fragen und darüber, wie wir zu einer gerechteren Gesellschaft beitragen können. Die Veranstaltung wird organisiert durch die Frauenkommission des Gewerkschaftsbunds des Kantons Zürich, die Unia Zürich-Schaffhausen, SSM, PVB und SMV.

13. Juni, 19 Uhr, Zentrum Karl*a die Grosse, Kirchgasse 14, 8001 Zürich.

workxl der wirtschaft

Reto Wyss



PFLEGE: SCHWEIZ ZAHLT ZU WENIG UND BILDET ZU WENIG AUS

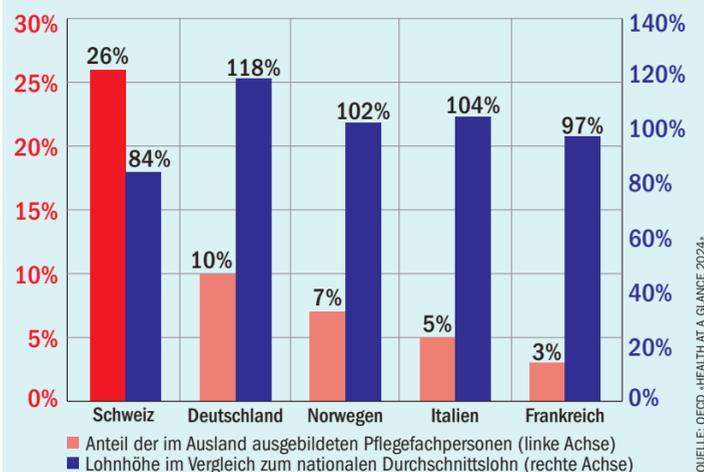
Rund 40 Prozent der Pflegefachpersonen verlassen den Beruf vor dem Erreichen des Rentenalters. Gleichzeitig wird in den nächsten Jahren eine grosse Anzahl von Babyboomern in Pension gehen, was auf die Pflege eine doppelte Auswirkung hat: Erstens werden (dennoch) viele Pflegekräfte pensioniert und müssen ersetzt werden, und zweitens steigt der Bedarf an Pflegepersonal aufgrund der Alterung der Gesellschaft stetig weiter an.

TOXISCH. Diese Fakten sind landläufig bekannt, genauso wie die nötigen Massnahmen: Die Schweiz muss erstens mehr Pflegekräfte ausbilden und muss zweitens dafür sorgen, dass diese länger im Beruf verbleiben. In beiden Bereichen ist der Aufholbedarf im internationalen Vergleich immens, wie nebenstehende Grafik zeigt: In keinem anderen kontinentaleuropäischen Land haben so viele Pflegefachpersonen einen ausländischen Abschluss wie in der Schweiz. Und in keinem europäischen Land verdienen Pflegefachpersonen im Verhältnis

zum allgemeinen Lohnniveau weniger als in der Schweiz. Diese Kombination ist toxisch. Denn das inländische Arbeitskräftepotential wird in der Pflege – unter anderem wegen der zu geringen Löhne – nicht ausgeschöpft. Und der «Import» von im Ausland ausgebildeten Pflegekräften wird sich nicht mehr länger auf dem gleichen Niveau halten lassen. Dies auch deshalb, weil viele europäische Länder schon länger daran sind, viel stärker in die Aufwertung der Pflegeberufe zu investieren. Die Schweiz wird also möglichst schnell schlicht mehr bezahlen müssen – sprich die Arbeitsbedingungen verbessern und die Löhne erhöhen – und gleichzeitig möglichst schnell viel mehr Pflegefachpersonen selber ausbilden müssen. Sonst droht eine «Pflegewüste», mit unabsehbarem Ausgang sowohl auf den für alle gleichwertigen Zugang zu Pflegeleistungen als auch auf die Qualität der Pflege selbst.

PAPIERTIGER. Die Bevölkerung hat dies verstanden und mit ihrem wuchtigen

Die Schweiz hinkt anderen Ländern hinterher



Ja zur Pflegeinitiative überdeutlich zum Ausdruck gebracht. Nur: Seither sind dreieinhalb Jahre vergangen, und gesehen ist fast nichts! Die erste Etappe zur Umsetzung dieser Initiative wird zurzeit von den Kantonen ausge-

bremst, und die zweite Etappe – kürzlich vom Bundesrat vorgestellt – bleibt vorerst ein reiner Papiertiger.

Reto Wyss ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB).



Das offene Ohr

Marina Wyss von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

work hat die wichtigsten Adressen und Anlaufstellen bei Benachteiligungen am Arbeitsplatz zusammengestellt

Diskriminiert oder belästigt? Holen Sie sich Hilfe!

IV-Rente reicht nicht zum Leben: Wann kann ich Hilfe beantragen?

Aufgrund einer gesundheitlichen Einschränkung konnte ich keinen Erwerb mehr erzielen und wurde mir eine halbe Invalidenrente zugesprochen. Diese reicht aber nicht zum Leben. Bei der Arbeitslosenversicherung bin ich ausgereist. Kann ich Ergänzungsleistungen beantragen?

MARINA WYSS: Ja, als Bezügerin einer IV-Rente können Sie sich grundsätzlich bei der Ausgleichskasse anmelden, um Ihren Anspruch auf Ergänzungsleistungen prüfen zu lassen. Allerdings gibt es eine Vermögensgrenze. Alleinstehende dürfen nicht mehr als 100'000 Franken und Ehepaare nicht mehr als 200'000 Franken besitzen. Für die Prüfung, ob das Vermögen die zulässige Schwelle übersteigt, werden selbstbewohnte Liegenschaften



ZUSÄTZLICHE HILFE: Wer nur eine halbe IV-Rente bezieht, hat eventuell Anspruch auf Ergänzungsleistungen. FOTO: KEYSTONE

nicht berücksichtigt. Achtung: Wenn Sie eine Liegenschaft verkauft haben, prüft die Ausgleichskasse, ob dies zum Marktwert erfolgte. Voraussetzung ist ausserdem, dass Sie Ihren Wohnsitz in der Schweiz haben und Bürgerin der Schweiz oder eines EU-/EFTA-Mitgliedstaates sind oder als Ausländerin seit mindestens zehn Jahren ununterbrochen in der Schweiz leben. Für Flüchtlinge oder Staatenlose beträgt diese Frist fünf Jahre. Ergänzungsleistungen dürfen nicht ins Ausland «exportiert» werden. Pro Kalenderjahr darf ein Auslandsaufenthalt nicht mehr als 90 Tage dauern (egal, ob der Auslandsaufenthalt ununterbrochen oder unterbrochen stattfindet). Falls Sie Nachkommen haben, müssen diese nach Ihrem Tod die von Ihnen bezogenen EL zurückerstaten, falls der Nachlass höher ist als 40'000 Franken. Dies betrifft aber nur EL, die nach dem 1. Januar 2021 ausbezahlt wurden.

Ergänzungsleistung: Erhalten alle gleich viel Geld?

Ist die Höhe der Ergänzungsleistungen für alle Anspruchsberechtigten gleich hoch?

MARINA WYSS: Nein, diese werden anhand des Gesetzes berechnet. Es gibt zwei Kategorien von Ergänzungsleistungen: erstens die jährlichen Ergänzungsleistungen (diese werden allerdings monatlich ausbezahlt). Zweitens werden gewisse Krankheits- und Behinderungskosten übernommen, wenn sie nicht bereits durch eine Versicherung (Krankenkasse, Unfall, Haftpflicht oder IV usw.) gedeckt sind. Die jährlichen Ergänzungsleistungen richten sich nach dem Bedarf. Die «anerkannten» Ausgaben werden den «anerkannten» Einnahmen gegenübergestellt. Es ist im Gesetz geregelt, welche Einnahmen angerechnet werden und welche Ausgaben anerkannt sind. Dabei bewirkt es zum Beispiel einen Unterschied, ob eine Person zu Hause lebt oder ob sie in einem Heim oder im Spital wohnt.

Mehr Infos finden Sie unter dem Link rebrand.ly/merkblatt-50L. Zudem bietet die Ausgleichskasse Erklärvideo zum Thema an.

Viele Frauen und LGBTIQ-Personen erleben am Arbeitsplatz Mobbing, Diskriminierung oder sexuelle Belästigung. Nehmen Sie das nicht hin! work zeigt Ihnen, wo Sie sich vertraulich beraten lassen können.

MARIA KÜNZLI

Für Anliegen in Sachen Lohnungleichheit

Sie fühlen sich am Arbeitsplatz benachteiligt? Sie werden bei Lohn-erhöhungen übergangen oder können sich die Lohndifferenz innerhalb Ihres Teams nicht erklären? Benachteiligung und Lohnunterschiede aufgrund des Geschlechts sind auch heute noch an der Tagesordnung. In einem ersten Schritt sollten Sie sich bei einer Fachstelle informieren und sich über das weitere Vorgehen beraten lassen. Das kann eine Gewerkschaft sein (Unia: rebrand.ly/unia-kontakt) oder der zuständige Personalverband.

Es gibt in der Schweiz auch kantonale Fachstellen, die kostenlose Beratung anbieten. Wenden Sie sich an die Fachstelle für Gleichstellung (rebrand.ly/fachstelle-gleichstellung) oder an die Schlichtungsbehörde Ihres Kantons (rebrand.ly/schlichtungsbehoerde). Sie möchten sich generell über Gleichstellung und Aktuelles zum Thema Gleichberechtigung informieren? Seit 1988 gibt es in der Schweiz auf nationaler Ebene das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG). Auf der Website des EBG (rebrand.ly/buerofuer-gleichstellung) finden Sie aktuelle Zahlen, Studien und Stellungnahmen zum Thema Gleichstellung. Seit 1976 nimmt die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (EKF, rebrand.ly/kommission-frauenfragen) als beratendes Organ des Bundes Stellung zur Situation der Frauen in der Schweiz und zur Gleichstellung der Geschlechter. Auch hier finden Sie hilfreiche Informationen

zum Thema. Auf der Datenbank «Entscheide nach Gleichstellungsgesetz» (rebrand.ly/gleichstellung-datenbank) finden Sie Verfahren und Fälle aus den Deutschschweizer Kantonen, die auf dem Bundesgesetz für die Gleichstellung von Frau und Mann (rebrand.ly/bundesgesetz-gleichstellung) und/oder auf dem Verfassungsgrundsatz der Lohngleichheit basieren (Art. 8 Abs. 3 Bundesverfassung; rebrand.ly/bundesverfassung-lohn-gleichheit).

Bei Diskriminierung am Arbeitsplatz wegen Schwangerschaft oder Mutterschaft

Frauen werden, wegen Schwangerschaft oder weil sie Mütter sind, immer wieder im Job diskriminiert. Häufig ist die Mutterschaft auch der Kündigungsgrund – obwohl das per Gesetz verboten ist. Auf der Website «Mama Work Rights» (rebrand.ly/mama-work-rights) finden Sie eine gute Übersicht über die Rechte von Müttern und schwangeren Frauen mit hilfreichen Fallbeispielen. «Mama Work Rights» ist eine Kampagne der Fachstelle Gleichstellung des Kantons Basel-Stadt. Ihre kantonale Stelle für eine persönliche Beratung finden Sie hier: (rebrand.ly/fachstelle-gleichstellung).

Bei sexueller Belästigung am Arbeitsplatz

Erleben Sie am Arbeitsplatz sexuelle Belästigung von einem Kollegen, einer Kollegin oder Ihrem Vorgesetzten? Nehmen Sie sich nicht einfach hin! Wehren Sie sich, sammeln Sie Beweise (Mails, SMS-Nachrichten usw.) und holen Sie sich Hilfe. Diese finden Sie etwa auf der Website [belaestigt.ch](https://rebrand.ly/belaestigt.ch), online und vertraulich. Die Beratungen werden in neun Sprachen angeboten. Das Beratungsteam antwortet in der Regel innerhalb von drei Arbeitstagen auf Anfragen. Auf der Website finden Sie neben Tipps, Videos und Hintergrundinfos auch eine nicht abschliessende Liste mit Fallbeispielen, was alles als sexuelle Belästigung gilt. Sie können sich auch an die kantonale Anlaufstelle wenden (Adressliste: rebrand.ly/belaestigung-anlaufstellen). Weitere Infos, Tipps und aktuelle Zahlen zu sexueller Belästigung am Arbeits-



WORKTIPP

ENGAGIERTE FRAUEN

Wenn Sie sich für die Anliegen von Frauen engagieren möchten, ist vielleicht die Interessengruppe «Frauen der Unia» etwas für Sie (rebrand.ly/unia-frauen). Alle weiblichen Mitglieder der Unia können sich in der Gruppe engagieren und die Diskussionen und Beschlüsse mitentscheiden. Sie wollen sich erst mal nur über Aktuelles in Sachen Gleichstellung informieren? Dann empfehlen wir den Newsletter «Gleichstellung der Unia» (rebrand.ly/unia-nl) (mk)

platz finden Sie auch beim Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (rebrand.ly/ebg-hilfe).

Beratung für LGBTIQ-Personen Viele Menschen, die sich am Arbeitsplatz als queer outen, erleben

Benachteiligung, Ablehnung oder Diskriminierung. Auf der Website der LGBTIQ-Helpline ([lgbtiq-helpline.ch](https://rebrand.ly/lgbtiq-helpline.ch)) finden Sie viele Tipps und können sich von queeren Personen kostenlos beraten lassen – auch wenn Ihr Outing noch bevorzugen und Sie wissen möchten, wie Sie im privaten oder beruflichen Umfeld am besten vorgehen können. Melden Sie auch vergangene Vorfälle von Diskriminierung und Gewalt bei der LGBTIQ-Helpline, damit sie in der Statistik erfasst werden können. Auf Bundesebene ist seit 2024 das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG) auch für alle Fragen rund um die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen zustän-

BERÜHRE MEINEN KÖRPER NICHT: Frauen

wehren sich auf der Strasse gegen sexuelle Übergriffe. FOTO: KEYSTONE



GEWALT AN FRAUEN ADRESSEN IM ÜBERBLICK

Ein zentrales Thema des feministischen Streiks 2025 ist die Forderung nach konsequenter Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt. Die wichtigsten Anlaufstellen für Betroffene:

Im Notfall: Rufen Sie die Polizei (Tel. 117) oder die Ambulanz, falls Sie medizinische Hilfe benötigen (Tel. 144).

Beratung und Schutz: Die Opferhilfe Schweiz (rebrand.ly/wo-finde-ich-hilfe) bietet für Betroffene und Angehörige in jedem Kanton kostenlose und anonyme Beratung. Die Dachorganisation Frauenhäuser Schweiz und Liechtenstein ([frauenhaeuser.ch](https://rebrand.ly/frauenhaeuser.ch)) bietet mit Frauenhäusern Zufluchtsorte und Beratung für volljährige Frauen und ihre Kinder, die von Gewalt betroffen sind. Weitere Adressen: stiftung-gegen-gewalt.ch frauengegenewalt.ch stopp-gewalt-gegen-frauen.ch

Hilfe bei Zwangsheirat: Die Fachstelle Zwangsheirat ([zwangsheirat.ch](https://rebrand.ly/zwangsheirat.ch)) bietet vertrauliche Beratung in Fällen von Zwangsheirat, Liebesverbot oder Druck im Zusammenhang mit der Wahl des Lebenspartners oder der Lebenspartnerin an.

Mädchenbeschneidung: Das Netzwerk gegen Mädchenbeschneidung Schweiz ([maechchenbeschneidung.ch](https://rebrand.ly/maechchenbeschneidung.ch)) bietet vertrauliche Beratungen für Personen an, die von weiblicher Genitalverstümmelung betroffen sind oder damit bedroht werden. (mk)

dig. Im Rahmen dieser Aufgabe übernimmt das EBG die Beantwortung spezifischer parlamentarischer Aufträge und regelt die Zusammenarbeit mit anderen Bundesstellen, die sich mit LGBTIQ-Fragen befassen. Zu den Aufgaben gehört unter anderem die Ausarbeitung eines nationalen Aktionsplans zur Verminderung LGBTIQ-feindlicher Hate-Crimes und Gewalt (mehr Infos dazu: rebrand.ly/aktionsplan).

Hilfe bei Mobbing am Arbeitsplatz Falls Sie am Arbeitsplatz Opfer von Mobbing geworden sind und sich mit einem persönlichen Gespräch oder über den Einbezug einer Ver-

trauensperson innerhalb des Unternehmens keine Verbesserung einstellt, sollten Sie sich unbedingt Hilfe holen. Diese bietet Ihnen zum Beispiel Ihre Gewerkschaft. Sie können sich auch an die kantonale Arbeitsinspektion wenden (rebrand.ly/arbeitsinspektion). Weitere Beratungsstellen finden Sie auf der Website der Organisation Human Rights (rebrand.ly/human-rights-adressen). Für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber bietet die Fachstelle Mobbing Tipps und Beratungen sowie Schulungen für HR- und Vertrauenspersonen an (fachstelle-mobbing.ch). Für Kinder und Jugendliche gibt es unter der Telefonnummer 147 oder unter [147.ch](https://rebrand.ly/147.ch) Hilfe.

Die work-Soundempfehlung zum Feministisch und

Wie können wir uns besser auf den feministischen Streik einstimmen als mit Musik? Drei Frauenbands von heute und eine von früher, die Sie kennen sollten.

MARIA KÜNZLI

HINDS. Das spanische Duo Hinds wurde 2011 als Quartett gegründet, seit 2020 sind Carlotta Cosials und Ana Perrote zu zweit unterwegs. Beide kommen aus Madrid. Ihre Musik klingt ein bisschen wie Garage-Pop aus den 1960er Jahren: Gitarrenlastig, bewusst schrullig und unperfekt. Der Gesang schlurft manchmal durch die Songzeilen, als wäre der Zug sowieso schon abgefahren und den Musikerinnen alles egal. Doch immer wieder sind da auch ganz viel Emotion und

Wut – eingepackt in eingängige Melodien. Das neueste Album, «Viva Hinds», erschien 2024, und zum ersten Mal finden sich darauf nicht nur englische, sondern auch spanische Songs. Inhaltlich schwadronieren die beiden Musikerinnen lässig zwischen Liebeshymnen, Selbstermächtigung und Sarkasmus. Und singen immer wieder lautstark gegen Sexismus und Frauenfeindlichkeit an. Reinhören: youtu.be/J5Aeilh0408

THE LINDA LINDAS. «Racist, Sexist Boy», schreien vier Mädchen mit Jahrgängen zwischen 2004 und 2010 wütend ins Mikrofon. Das Schlagzeug hämmert wie eine adrenalinergeladene Faust in den Boxsack, die beiden E-Gitarren und der E-Bass wummern mal drohend,

feministischen Streik vom 14. Juni laut: Kennen Sie diese Bands?

mal vorwärtstreibend. Das Lied «Racist, Sexist Boy» basiert auf einer Erfahrung von Schlagzeugerin Mila de La Garza, die während der Coronapandemie wegen ihrer asiatischen Wurzeln von einem Mitschüler rassistisch beleidigt wurde. Ein Video, in dem sie den Song in einer Bibliothek spielt, wurde 2021 auf Youtube veröffentlicht und seitdem fast 2 Millionen mal abgespielt. Die Band aus Los Angeles erhielt daraufhin einen Plattenvertrag und hat mittlerweile zwei Alben herausgebracht. Und ja: Sie sind immer noch hässig. Gut so! Reinhören: youtu.be/J5Aeilh0408

THE FLYING LESBIANS. Leider existierte die deutsche Band The Flying Lesbians nur knapp drei Jahre lang, von 1974 bis 1977. Als eine der ersten Frauenbands Deutschlands besangen sie Themen, die heute noch aktuell sind: patriarchale Unterdrückung und die Rolle der Frauen in der Gesellschaft sowie soziale Ungerechtigkeit. The Flying Lesbians kämpften für die Rechte und Sichtbarkeit von FLINTAs, ohne dass der Begriff damals schon geläufig war. Ihm Vorsatz, gegen das Patriarchat einzustehen, zogen sie rigoros durch: An den Konzerten waren keine männlichen Besucher erlaubt. Punk klingt in den Liedern von The Flying Lesbians schon an, vor allem in den Texten, musikalisch dominiert aber Bluesrock, mal

auf englisch, mal auf deutsch gesungen. Reinhören: youtu.be/dcPhwiCjw54

DREAM WIFE. «I am not my body, I am somebody», singt die britisch-isländische Band und wiederholt es fast mantraartig. Ihr Indie-rock mischt sich mit Punkattitüde und Pop. In ihren Texten prangert die Musikerin das Patriarchat an und benennen gesellschaftliche Missstände klar, laut, direkt und auch mal selbstironisch. Das Trio klagt auch immer wieder passive Zuschauerinnen und Zuschauer an, die Sexismus und Unterdrückung stillschweigend akzeptieren, indem sie wegsehen. 2023 erschien mit «Social Lubrication» das dritte Album von Dream Wife. Reinhören: youtu.be/20v_uABgR5U

KLEENEX HALLO, SCHWEIZ! Natürlich! Es gibt auch feministische Musik aus der Schweiz. Am Anfang dieser Entwicklung steht die Zürcher Frauen-Punkband Kleenex, die 1978 gegründet wurde und sich 1980 wegen Konkurrenz zum Markennamen Kleenex umbenennen musste. Als LilIPUT war die Gruppe bis 1984 aktiv, erlebte dazwischen einige Musikerinnenwechsel. Bis heute hat Kleenex/LilIPUT eine kleine, aber treue Fangemeinde. Reinhören: youtu.be/13F80BK1Y04



DREAM WIFE IN ACTION: Die britisch-isländische Band prangert in ihren Texten das Patriarchat an. FOTO: WWW.SOUNDSPHEREMAG.COM

Streikfarbe Violett – für dich und mich

Die Streikfarbe der feministischen Bewegung ist Violett. Doch warum eigentlich?

Die Farbe des Frauenstreiks ist Violett. Schon Anfang des 20. Jahrhunderts war die Farbe Violett ein Symbol der Frauenbewegung oder vielmehr: der Gleichberechtigung. Violett besteht aus einer Mischung von Rot und Blau – oder Hellblau und Rosa bei Lilä – und symbolisiert damit die Gleichstellung der Geschlechter. Geschichtlich gesehen ist Violett auch die Farbe der Macht. Schon vor Hunderten von Jahren zeigten sich Herrscher in purpurfarbenen

Umhängen. Denn Purpur, also rötlisches Violett, wurde aus dem Sekret von Purpurschnecken hergestellt und galt als die teuerste Farbe der Welt. In der Farbpsychologie gilt Violett gemeinhin als Farbe des Geistes, der Kreativität und der Spiritualität. Sie wird aber auch mit Mut verbunden. Spätestens seit den Anti-Trump-Protesten ist auch Pink, das unter Feministinnen lange verschrien war, als Symbol für Naivität, die Farbe einer neuen Bewegung geworden. So werden sich bestimmt auch am 14. Juni ein paar pinkfarbene Statements im violetten Meer wiederfinden. (mk)



UNIA-CHÄPPI WETTBEWERB



Setzen Sie das Chäppi in Szene und gewinnen Sie 100 Franken!

Wir setzen auf Ihre Kreativität und belohnen das auch noch mit einem Preis von 100 Franken. Was ist gefordert? Setzen Sie das Unia-Chäppi fotografisch möglichst kreativ in Szene. Das Siegerbild wird in der work-Sonderausgabe vom Juli zum 20-Jahr-Jubiläum der Unia abgedruckt und mit 100 Franken honoriert. Schicken Sie uns Ihre Bilder bis am 23. Juni an produktion@workzeitung.ch.

WORKPOST



WORKZEITUNG.CH / 22.5.2025 PFLGEINITIATIVE: VORSCHLAG DES BUNDESRAATES IST UNGENÜGEND

Was es für gute Pflege braucht

Für eine gute Pflege braucht es genug Personal mit fairen Löhnen und guten Arbeitsbedingungen, eine solide Finanzierung durch Bund, Kantone und Versicherte, mehr Ausbildungsplätze, weniger Bürokratie, klare nationale Standards und die gesetzlich verankerte Selbständigkeit der Pflegefachpersonen. Der Bundesrat muss das jetzt konsequent umsetzen, alles andere ist verantwortungslos.

JEANNETTE ZWÄRGLI NYFFELER, VIA FACEBOOK

Weder Kraft noch Mut

Der Bundesrat hat kein Durchsetzungsvermögen, keine Kraft, keinen Mut. Er nimmt immer den Weg des geringsten Widerstandes.

ROBERTA BLUMER, VIA FACEBOOK

Ignorierte Forderung

Es braucht unbedingt genügend gut ausgebildetes Personal auf allen Schichten: eine weitere Kernforderung der Pflegeinitiative, die der Bundesrat einfach ignoriert.

SBKASI, VIA INSTAGRAM

WORK 7 / 22.5.2025: 10 GOLDENE REGELN FÜR DIE LEHRSTELLENSUCHE Zu früh

Ich bin der Meinung, dass Jugendliche länger in die Schule gehen sollten, anstatt sich so jung auf einen Beruf einzustellen. Zum Arbeiten haben sie dann noch das ganze Leben lang Zeit.

MOE VIA TIKTOK

Das ergibt keinen Sinn

Das mit dem Schnuppern ist so eine Sache. Vielerorts bieten sie gar

keine Schnupperlehren mehr an oder sagen, man könne nur schnuppern, wenn man sich für die Lehrstelle bewirbt. Nur: Wie will man wissen, welche Lehre für einen in Frage kommt, wenn man gar nicht in den Beruf reinschnuppern kann?

DOMI RU, VIA TIK TOK

WORK 7 / 22.5.2025: GEMEINSAM GEGEN DIE ZÜRICH INVEST AG

Ich werde kündigen

Ich wünsche den Betroffenen viel Glück. Ich werde meine langjährige Zurich-Versicherung kündigen. Das Verhalten ist absolut inakzeptabel – Geldgier pur!

USER2897518020598, VIA TIKTOK

Die wollen nur Rendite

Stopft noch mehr Pensionskassengeld in die Versicherungen und Banken, die wollen nur noch mehr

Renditen machen auf Kosten der Bürger.

KLEE, VIA TIKTOK

WORK TIKTOK-KANAL: ARBEITGEBER-BOSS WILL KEINE LÖHNE, DIE ZUM LEBEN REICHEN

Moralische Pleite

Das ist nur eine Umschreibung, dass man pleite ist: Entweder finanziell oder moralisch. Wenn ein Unternehmen die Mitarbeiter nicht bezahlen kann, dann ist es pleite. Wenn es nicht bezahlen will und trotzdem existiert, ist es ein Zwangsarbeitslager.

SINUS VIA TIKTOK

Mehr zu den verachtenden Aussagen von Roland A. Müller auf Seite 10.

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an [work.Redaktion.Leserbriefe](mailto:work.Redaktion.Leserbriefe@unia.ch), Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16

«Die Kostbarkeit der Zeit»

Ich sammle alte Uhren für mein Kunstprojekt und möchte gerne die Geschichten dazu in einem Buchband zusammentragen. Die Uhren werden demontiert und weiterverarbeitet zu einer Installation.

Falls Sie Interesse haben, das Projekt mitzugestalten, bitte ich Sie, sich über die untere Telefonnummer zu melden. (SMS/Anruf) Dort erfahren Sie mehr über das Projekt. Bitte verwenden Sie «Zeitumstellung» als Erkennungswort.

Ich würde mich freuen über Ihr Mitwirken.

Herzlichst
Romana Gfeller aus Solothurn, 078 249 70 13




MILANKA FANKHAUSER
VIELSEITIG

Beruflich ist die gebürtige Serbin ein Chamäleon: Sie absolvierte eine vierjährige Lehre als Damenschneiderin in Wien. Über die Jahre hat sie zahlreiche Weiterbildungen in Körper- und Energiearbeit absolviert, darunter Massage, Shiatsu, Kinesiologie und Hypnose. Auch die Motorbootprüfung hat sie gemacht.

JOBS. Milanka Fankhauser arbeitete im Verkauf, in der Gastronomie, als Aquafit- und Wassergymnastik-instruktorin. Heute ist sie immer noch als Stadtführerin, im Antiaging- und Parfum-Onlinevertrieb, als Motorbootinstructorin und als Promotorenin tätig.

AKTIV. Auch privat mag sie es abwechslungsreich: Milanka Fankhauser geht regelmässig ins Fitnessstudio, tanzt und reist gerne. Aber auch ruhige Phasen schätzt sie. «Da kommen mir immer neue Ideen», sagt sie und lacht.

Stadtführerin **Milanka Fankhauser** (59) kennt die schönsten Ecken der Stadt

Sie lässt die Geschichte Biels lebendig werden

Milanka Fankhauser mag es, hinter die Kulissen zu blicken und ihr Wissen weiterzugeben: Die Stadtführerin zeigt Interessierten die versteckten Schönheiten Biels und die ehemalige Lebensader der Stadt.

HEIDI SCHWAIGER | FOTOS MATTHIAS LUGGEN

Wer mit Milanka Fankhauser in Biel unterwegs ist, sieht die Stadt mit anderen Augen. An der Mühlebrücke, wo heute der Verkehr brummt, befand sich früher eine grosse Mühle und der Fluss Schüss, die Lebensader des mittelalterlichen Städtchens, wie sie erzählt. Dann führt sie zur Bachquelle, die in einem schicken Büro in der Altstadt hinter Glas sprudelt und anschliessend im Boden verschwindet. «Diese Quelle führte zur Gründung von Biel im 13. Jahrhundert», sagt sie, und man sieht ihr die Begeisterung an. Auch noch nach 20 Jahren – so lange schon ist die 59jährige als Stadtführerin in Biel tätig.

In den vergangenen Jahren hat sie sich viel Wissen angelesen und Artikel zur Vergangenheit der Stadt gesammelt. «Ich interessiere mich für Geschichte und Zusammenhänge», sagt sie. Die gebürtige Serbin, die ihre Kindheit und Jugend in Wien verbrachte, kam als 19jährige nach Biel – ungeplant, wie sie sagt. «Eigentlich wollte ich nach Paris und mein Französisch vertiefen», berichtet sie in ihrem klaren Hochdeutsch, das gelegentlich österreichisch gefärbt ist. Da man auch in Biel Französisch spricht, blieb sie hier, lernte ihren späteren Mann kennen und gründete eine Familie.

SPONTAN. Stadtführerin wurde sie, da sie sich für die Geschichte Biels interessierte. «Ich wollte wissen: Wo lebe ich hier eigentlich?» erzählt sie. Milanka Fankhauser

schätzt am Job, dass sie selber steuern kann, wann und wie viel sie arbeitet: «Ich werde jeweils von Tourismus Biel-Seeland angefragt und kann zu- oder absagen.» Das sei ideal gewesen, als ihre drei Söhne noch jünger waren und sie die Führungen neben einem 50-Prozent-Job in einer Modedeboutique machte. Auch heute noch, da ihre Kinder längst erwachsen sind, sagt ihr dieses Arbeitsmodell zu, da sie beruflich vielfältig aufgestellt ist und es spontan mag. Rund zehn Führungen auf deutsch und französisch pro Monat macht sie im Sommerhalbjahr, im Winter weniger. Bezahlt wird sie pauschal pro Führung, für eine eineinhalbstündige Tour erhält sie netto 130 Franken. Gemeinsam mit ihren anderen Standbeinen, darunter einem 20-Prozent-Job im Marketing für eine Haushaltgerätefirma, kommt sie auf rund 3000 Franken im Monat. Das reicht ihr in der Regel. «Wenn ich mehr Geld brauche, beispielsweise für Reisen, gehe ich mehr arbeiten», sagt sie nonchalant. In Stellen-Apps finde sie meist genug passende Jobangebote, etwa kurzfristige Einsätze an Events oder Messen. Dass sie bei all ihren Jobs im Falle von Krankheit oder Unfall kein Geld erhalte und keine bezahlten Ferien beziehen könne, nehme sie in Kauf.

AHA-ERLEBNIS. Ein einschneidendes Erlebnis war für Milanka Fankhauser der Tsunami in Thailand im Jahr 2004. Sie war da, verlor ihre Mutter und ihre Nichte in den Wassermassen. Sie selbst war körperlich schwer verletzt und psychisch angeschlagen. Kurse in Körper- und Mentalarbeit halfen ihr, die Balance wiederzufinden.

«Mein Antrieb ist, hinter die Kulissen zu schauen, verstehen zu wollen und mein Wissen weiterzugeben. Am schönsten ist es, wenn ich den Leuten ein Aha-Erlebnis ver-



STETS DABEI: Zur Ausrüstung von Milanka Fankhauser gehören nicht nur Unterlagen zur Stadt und ein Namensschild, sondern auch der Unia-Pin zum Frauenstreik.

mitteln kann», so die Frau mit den langen, schlohweissen Haaren. Egal ob als Stadtführerin, Promoterin, Hostess oder als Aquafit-Instruktorin: sie mag es, andere für ein Thema zu begeistern. Am schönsten findet sie es, wenn die Menschen während einer Führung Fragen stellen. Auch viele Bielerinnen und Bieler könnten noch etwas über die Stadt lernen, sagt sie. An den monatlichen «First Fridays» in der Altstadt lerne man etwa die kleinen Handwerksbetriebe und Geschäfte kennen.

FRAUENSTREIK. Auch zur Unia kam Milanka Fankhauser per Zufall. «Ich wurde vor 19 Jahren als Mitglied angeworben», erinnert sie sich. Politisch sei sie bis dahin nicht aktiv gewesen. Mittlerweile ist sie seit mehreren Jahren als Delegierte der IG Frauen und im Vorstand der Sektion Biel-Seeland engagiert. «Die Unia ist eine gute Sache. Sie setzt sich für Leute ein, die Unterstützung brauchen, das finde ich wichtig», betont sie. Die AHV sei nicht vom

Himmel gefallen, sondern dank dem Engagement unserer Vorfahren entstanden, die auf die Strasse gingen. Auch für Frauenanliegen setzt sie sich ein: Seit mehr als zehn Jahren ist sie beim Frauenstreik am 14. Juni mit von der Partie. Sie bezeichnet sich selbst zwar nicht unbedingt als Feministin. «Mit drei Söhnen verstehe ich auch die Männerseite», sagt sie und lacht. Doch ihr Verständnis höre auf, wenn Frauen in der gleichen Position weniger verdienen als Männer: «Es soll keine Unterdrückung geben, weder bei Frauen noch bei Männern.» Sie selber habe kein Problem damit, sich durchzusetzen, doch viele Frauen könnten dies nicht. Für diese gehe sie auf die Strasse. Und sie freue sich, wenn sich Männer unter die Streikenden mischten. Jeder Mensch solle sein Leben leben können, findet sie, man dürfe sich nicht selbst verlieren. Wo es sie selber hintreibt, steht noch in den Sternen. Sorgen mache sie sich keine: Solange man neugierig bleibe, stünden einem viele Türen offen.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden dritten Donnerstag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft. Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia. Verlag und Redaktion: Weltpoststrasse 20, 3000 Bern. Postadresse Postfach, 3000 Bern 16. Telefon Verlag und Redaktion 031.350.24.18. E-Mail Verlag: verlag@workzeitung.ch. E-Mail Redaktion: redaktion@workzeitung.ch. Internet: www.workzeitung.ch. Redaktion: Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophiebinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darja Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch; Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), parzivalmeister@workzeitung.ch; Julia Neukomm, julianeukomm@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch. Mitarbeit an dieser Nummer: Peter Bodenmann, Roland Erne, Laura Gonzalez, Pepo Hofstetter, Maria Künzli, Mattia Lento, Heidi Schwaiger, Clemens Studer, Jakob Tanner, Reto Wyss. Gestaltung/Layout: Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch. Korrektorat: Urs Remund, ursemund@workzeitung.ch; Andrea Leuthold, sekretariat@workzeitung.ch. Anzeigenmarketing: Fabienne Jalliy, anzeigen@workzeitung.ch. Druck: CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen. Abonnement: Jahresabonnement (15 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–. Abodienst: Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo-Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031.350.24.18, abo@workzeitung.ch. Auflage: 60.488 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.